

8 »Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten« Kollektive Identität in Debatten um Antisemitismus in der Linken

Das Verhältnis der radikalen Linken zu Antisemitismus ist ähnlich strukturiert wie zu den Themen Sexismus oder Rassismus in den eigenen Reihen – weil nicht sein kann, was nicht sein darf, findet eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Stereotypen in der eigenen Szene lange Zeit kaum statt. Diese inexistente Debatte hat im Wesentlichen zwei konkrete Ursachen: Zum einen ist das Selbstverständnis, als antifaschistische Bewegung selbstverständlich auch gegen Antisemitismus einzustehen, so fundamental verankert, dass darüber die Aushandlung, was unter Antisemitismus verstanden wird, wo er anfängt, welche Elemente er beinhaltet, wie er mit links-emanzipatorischen Ideen verknüpft werden könnte, schlicht ausgeblendet wird. Zum anderen überlagern der Nahostkonflikt und seine besondere Bedeutung gerade für die deutsche Linke die Diskussion um Antisemitismus. Der komplexe Konflikt zwischen antiimperialistischer Kritik an der Besatzungspolitik Israels auf der einen und der historischen Notwendigkeit des Staates Israel als Konsequenz aus der Shoah auf der anderen Seite lähmt die innerlinke Beschäftigung mit dem Thema für Jahrzehnte.

Im Rahmen dieser Arbeit kann und soll die Geschichte des linken Antisemitismus und der daraus folgenden Spaltungen der radikalen Linken selbstverständlich nicht in Gänze dargestellt werden. Stattdessen sollen lediglich einige wichtige Schlüsselmomente beleuchtet werden, um die im Anschluss analysierten Diskussionen in der Hamburger Szene besser einordnen zu können.

Das Verhältnis der westdeutschen Linken zu Israel begann sich insbesondere nach dem Sechs-Tage-Krieg fundamental zu wandeln. Galt Israel bis 1967 überwiegend als legitimer Schutzraum für die Überlebenden der Shoah und – in Form der Kibbuzim – auch als sozialistisches Vorbild einer egalitären Gesellschaft, wandelte sich die Einstellung in den folgenden Jahren deutlich. Der Antizionismus, die Kritik an der israelischen Besatzungspolitik und die Solidarität mit den PalästinenserInnen wurden von nun an

charakteristisch für die deutsche Linke.¹ Die Generation der 68er entwickelte zudem eine Faschismusdefinition,

»als dessen hervorstechende Merkmale nicht der Genozid an den Juden und überhaupt die Massenverbrechen des NS-Regimes angesehen wurden, sondern etwa – in der verbreiteten Trivialform der These – das Bündnis von Monopolkapitalismus und Diktatur zur Ausschaltung der deutschen Arbeiterbewegung.«²

Vor dem Hintergrund der damaligen antiimperialistischen und antikolonialen Auseinandersetzungen wandelte sich nun die Vorstellung davon, wer oder was als faschistisch bekämpft werden müsse: beispielsweise die imperialistische USA und Israel, das als Brückenkopf des US-Imperialismus und Besatzungsmacht des unterdrückten palästinensischen Volkes kritisiert wurde. Der Antizionismus war dabei zuallererst eine Kritik am israelischen Nationalismus, beispielsweise an der Ungleichbehandlung der arabischen Bevölkerung, weshalb er sich bruchlos in den allgemeinen Antinationalismus der Linken einfügen konnte. Gleichzeitig erfüllte er weitere Funktionen für die deutsche Linke: Er war eine spezifische Form linker Vergangenheitsbewältigung. Da man sich einerseits mit dem antifaschistischen Widerstand während der NS-Zeit identifizierte und andererseits den Überlebenden nun ihrerseits faschistische Verhaltensweisen vorwerfen konnte, gelang es der Linken, auch im Land der TäterInnen eine politische linke Identität zu konstruieren. Der Antiimperialismus und Antizionismus führten dazu, sich mit den »Opfern der Opfer« zu solidarisieren, den palästinensischen Freiheitskampf zu unterstützen und das Existenzrecht Israels infrage zu stellen. »Linke mussten daher nicht nur Anti-Kapitalisten oder Anti-Imperialisten sein, sondern auch Antizionisten. Antizionismus war eine Frage, ja ein Lackmустest für linke Gesinnung und Identität.«³

Dennoch unterschieden sich das Ausmaß und die Intensität antizionistischer Einstellungen zwischen den unterschiedlichen linken Strömungen deutlich. Insbesondere die maoistischen K-Gruppen und die antiimperialistischen Gruppen, die den »bewaffneten Kampf« aufgenommen hatten, wie die RAF, die Tupamaros West-Berlin oder die Revolutionären Zellen, zeichneten sich dabei durch einen ausgeprägten Antizionismus aus, der sich nicht zuletzt in etlichen offen antisemitischen Aktionen ausdrückte. Beispielsweise für dieses Kapitel des linken Terrorismus stehen der versuchte Bombenanschlag auf die jüdische Gemeinde in Berlin 1969 oder die Selektion jüdischer Geiseln während einer Flugzeugentführung in Entebbe 1976.⁴ An diesen Beispielen wird deut-

1 Vgl. Kraushaar, Wolfgang (2007): Abspaltung und Potenzierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik. In: Matthias Brosch et al. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland; vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol-Verlag, S. 325-346, hier S. 333-335.

2 Später, Jörg: kein Frieden um Israel. Zur Rezeptionsgeschichte des Nahostkonflikts durch die deutsche Linke. In: *Zeck* 122_2004, S. 10-15, hier S. 11.

3 Später, S. 12.

4 Vgl. Andresen, Knud (2010): Linker Antisemitismus – Wandlungen in der Alternativbewegung. In: Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, S. 146-168, hier S. 152-156.

lich, wie fließend die Übergänge von Antizionismus zu Antisemitismus in der Praxis häufig waren. Allein die Tatsache, dass eine antizionistische Ablehnung einer jüdischen Heimstatt in Palästina nach der Gründung Israels zwangsläufig das Existenzrecht des Staates infrage stellen muss, wird teilweise schon als Beleg dafür gesehen, dass eine eindeutige Grenzziehung zwischen Antizionismus und Antisemitismus kaum möglich ist.⁵

Erst im Laufe der 1980er Jahre begannen Teile der Linken, diese Einstellungsmuster kritisch zu hinterfragen. Eine wichtige Ursache für diesen erneuten Wandel des linken Verhältnisses zu Israel war die Herausbildung des alternativen Milieus und die wachsende Bedeutsamkeit der Politik der ersten Person. Die theoretisch-abstrakte Auseinandersetzung mit den Ursachen und Strukturen des Faschismus, die für die 68er-Generation typisch war, wurde vermehrt durch individuellere und emotionalere Zugänge ergänzt oder ersetzt. Dadurch wurde in gesteigertem Maße die Perspektive der Opfer des deutschen Faschismus eingenommen. Strikt antizionistische Haltungen verloren so an Überzeugungskraft.⁶ Lokalpolitischer Höhepunkt dieser ersten Debatten in Hamburg war ein Wandbild an den Häusern der Hafenstrasse, auf dem zum Boykott israelischer Waren aufgerufen wurde, was nicht wenige allzu eindeutig an die antisemitischen Kampagnen im Dritten Reich erinnerte.⁷ Auch in anderen Städten entwickelte sich eine linke Kritik an antizionistischen Argumentationsmustern.

Der Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre und die deutsche Widervereinigung waren sodann die Initialzündungen für eine Entwicklung innerhalb der linksradikalen Szene, die sich in Teilen zur sogenannten Antideutschen Linken⁸ formte. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Die breite Antikriegsbewegung, die sich gegen die amerikanische Intervention formierte, wurde von etlichen Linken als nationalistisch, antiamerikanisch und antisemitisch kritisiert. Insbesondere die antiisraelische Haltung, nach der Israels Besatzungspolitik eine Mitschuld an den irakischen Angriffen zugeschrieben wurde, wurde heftig kritisiert. Vielen Linken wurde nun deutlich vor Augen geführt, wie eng Antizionismus und Antisemitismus miteinander verbunden waren – rechtfertigte doch auch Saddam Hussein seine Gasattacken gegen Israel als antizionistische Taten.⁹ In der Konsequenz begannen einige linke KommentatorInnen, den Krieg gegen den Irak zu

5 Vgl. Gessler, Philipp (2007): Antisemitismus und Antizionismus in der bundesrepublikanischen Linken bis 1989/90 und ihr Fortleben bis zur Diskussion über den Libanon-Krieg 2006. In: Matthias Brosch et al. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland – vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin: Metropol-Verlag, S. 347-365, hier S. 350.

6 Vgl. Andresen 2010, S. 146f.

7 Vgl. dazu Sigmund, Monika (2013): Laut zu sagen, was ist. In: Willi Baer und Karl-Heinz Dellwo (Hg.): Häuserkampf II: Wir wollen alles – Die Hausbesetzungen in Hamburg. Hamburg: Laika, S. 217-227, hier S. 221-224. Zu den Wandbildern in der Hafenstrasse allgemein vgl. Sigmund, Monika; Stroux, Marily (1996): Zu bunt. Wandbilder in der Hafenstrasse. Hamburg: St.-Pauli-Archiv.

8 Vgl. zur Entwicklung der antideutschen Linken z.B. Mohr, Markus; Haunss, Sebastian (2004): Die Autonomen und die antideutsche Frage oder »Deutschland muss ...«. In: Gerhard Hanloser (Hg.): »Sie warn die Antideutschen der deutschen Linken«. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik. Münster: Unrast, S. 65-86.

9 Vgl. Gessler 2007, S. 358.

verteidigen und gutzuheißen – bis dahin beinahe undenkbar für die meisten Linken.¹⁰ Von nun an standen sich in der deutschen Linken zwei Strömungen gegenüber, die äußerst unterschiedliche Perspektiven auf linksradikale Politik mit sich brachten.

Während sich die antiimperialistische Linke weiter auf die Imperialismus-Kritik von Lenin stützte, Antikapitalismus somit als Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Peripherie konzeptionalisierte und die Unterstützung der Freiheitskämpfe in der Peripherie politische Maxime blieb, kritisierte die antideutsche Linke den diesem Ansatz angeblich inhärenten Antisemitismus. Insbesondere die oftmals polemische Art und Weise, mit der antideutsche Kritik vorgebracht wurde, die betont intellektuell auftretenden Verweise auf die Kritische Theorie, die Betonung der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft und die oftmals pauschale Ablehnung von islamischer Kultur als rückständig und faschistisch sorgten dafür, dass Antideutsche innerhalb der linken Szene häufig heftig kritisiert wurden.

Im Folgenden werden einige Konflikte, die sich seit Mitte der 1990er Jahre in Hamburg abgespielt haben, intensiver betrachtet und analysiert. Anders als in einigen der bislang beschriebenen Themenfelder scheint das Gedächtnis der beteiligten Akteure in diesem Bereich weiter in die Vergangenheit zurückzureichen – was dennoch nicht heißt, dass ein eindeutigerer Lernprozess zu beobachten wäre. Stattdessen scheint die Lernfähigkeit der Szene gerade *wegen* der omnipräsenten Erinnerung an zurückliegende Konflikte und Auseinandersetzungen beeinträchtigt zu sein, was im weiteren Verlauf der Arbeit noch intensiver aufgegriffen wird (vgl. dazu Abschnitt 10.6).

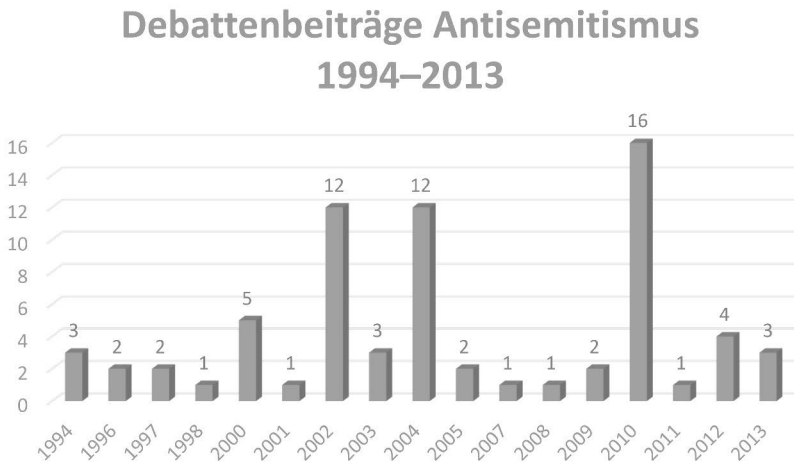
Klar erkennbar ist der eskalative Verlauf der Antisemitismusdebatte: Konkrete Anlässe führen zu punktuell äußerst intensiven Diskussionen mit zahlreichen Beiträgen. Zwischen diesen Ereignissen flaut die Diskussion stets erkennbar ab. Die Jahre 2002, 2004 und 2010 markieren die Höhepunkte der Auseinandersetzungen. Mit zwölf respektive 16 Debattenbeiträgen in einem Jahr gehört Antisemitismus auch zu den am intensivsten diskutierten Themen in der *Zeck* überhaupt – nur im Themenfeld Sexismus gibt es ähnlich umfangreiche Diskursstränge.

8.1 Diskussionen um Antisemitismus

Schon 1994 erscheint in der *Zeck* ein erster Beitrag, der sich intensiv an einer Veranstaltung mit Ingrid Strobl abarbeitet, in der die österreichische Journalistin über den jüdischen Widerstand gegen den Holocaust referiert. Interessant ist er in zweierlei Hinsicht: Erstens, weil der/die AutorIn dieses Artikels noch eine relativ klassische antiimperialistische Grundhaltung vertritt – eine Einstellung, die in späteren Auseinandersetzungen zumeist weniger deutlich hervortritt. Zweitens bemerkenswert ist ein Eingriff der Redaktion, die den Text in zahlreichen kursiven Anmerkungen kommentiert, kritisiert und dabei auch relativ polemisch Stellung bezieht.

10 Vgl. zur Kritik an diesen Rechtfertigungen von Kriegen Rude, Matthias (2014): »Nie wieder Faschismus« – immer wieder Krieg. Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Akten. In: Susann Witt-Stahl und Michael Sommer (Hg.): »Antifa heißt Luftangriff!«. Regression einer revolutionären Bewegung. Hamburg: Laika, S. 101-120.

Abb. 8: Debattenbeiträge im Themenfeld Antisemitismus in der Linken



Quelle: eigene Darstellung

In dem Artikel wird Ingrid Strobl vorgeworfen, sich von linken Überzeugungen abgewendet zu haben, den Zionismus und die jüdische Besatzungspolitik zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen und dabei nicht bereit zu sein, eine inhaltliche Diskussion über diese Punkte zu führen. Vor der Veranstaltung sei bereits mit mahnendem Blick darauf hingewiesen worden, dass das Thema des Abends ausschließlich der jüdische Widerstand sei: »Eine politisch fürwahr schon etwas seltsame Aussage, die (aber das sollte der spätere Abend dann nur noch belegen) die Entpolitisierung des Themas vermuten ließ.«¹¹ Der Vortrag habe sich auf den Widerstand jüdischer Frauen konzentriert, ohne dabei Fragen nach den heutigen Verhältnissen zu stellen: So sei der Aktivismus einer Frau im heutigen Israel nicht als Kolonisation bezeichnet worden, der Widerstand von Frauen, die sich nach der Gründung Israels als Antizionistinnen gegen ein Leben in Israel entschieden haben, sei ausgeblendet worden, ebenso die Frage nach den Ursachen von Faschismus und Holocaust. In dem Artikel wird zudem bemängelt, dass der Widerstand als »jüdisch« bezeichnet werde, obwohl er eigentlich »kommunistisch« gewesen sei und als solcher zum Teil auch in direkten Auseinandersetzungen mit zionistischen Gruppen gestanden habe.

Kritisiert wird zudem insbesondere die an den Vortrag anschließende Diskussion. Der Wortbeitrag eines ehemaligen Widerstandskämpfers, der u. a. Kollaborationen zwischen einigen Jüdinnen und Juden und dem Nationalsozialismus thematisierte, sei unterbrochen und mit hämischem Gelächter bedacht worden. Auch andere Fragen seien nicht zugelassen worden, beispielsweise danach, was nun heute zu tun sei.

»Fast schien es, als fühle sich ein Großteil des Publikums in seiner Betroffenheit gestört. [...] Damit eine solche Betroffenheit aber nicht in einem Gefühl von Schuld und

11 O.A.: Zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl. In: *Zeck* 31_1994, S. 22f., hier S. 22.

letztlich Ohnmacht stehenbleibt und endet, ist eine Diskussion über Hintergründe und Konsequenzen des Faschismus genau nötig.«¹²

Den kritischen FragestellerInnen sei vorgeworfen worden, letztlich ja doch nur über Palästina reden zu wollen.

»Doch Ingrid Strobl ging es meiner Ansicht nach nur darum, eine Kritik zu diffamieren, die ihren politischen Ansatz als Ganzes in Frage stellt, da sie und zwar egal ob sie über jüdischen Widerstand, Palästina oder den Golfkrieg schreibt, reformistische und desorientierende Positionen einnimmt, die im Resultat eben nur Schuld, Ohnmacht und Betroffenheit produzieren, aber nicht den Versuch unternehmen, Betroffenheit politisch umzusetzen in Verantwortung.«¹³

Der Artikel wird immer wieder von Anmerkungen eines nach eigener Aussage »genervten Setzers« unterbrochen. Dass der/die AutorIn des Artikels Israel stets nur mit Anführungszeichen schreibt, wird von dem Kommentator mit den Methoden der *Bild-Zeitung* (in der die Bezeichnung DDR ebenfalls nur mit Anführungszeichen verwendet wurde) verglichen: »Das mit den Anführungszeichen um ungeliebte Staatsnamen kennen wir doch noch aus der Springerpresse, oder?« Auch die wiederholte Forderung nach einer Diskussion über die Ursachen des Faschismus wird vom Setzer kritisiert: »Das schreibst du jetzt schon zum dritten mal, anstatt vielleicht selber mal was dazu zu sagen, was denn deiner Meinung nach die ›Hintergründe und Konsequenzen des Faschismus‹ sind.«¹⁴

Die deutliche inhaltliche Einflussnahme des Setzers ist in dieser Form äußerst selten in der *Zeck* und wird in einem Beitrag in der folgenden Ausgabe stark kritisiert. Ursprünglich seien Kommentare von SetzerInnen eine subversive Kommunikationsform in der *taz* gewesen, mit der die meinungsmachenden SchreiberInnen zum Teil kunstvoll entlarvt worden seien, wie einE AutorIn mit dem Pseudonym *G. Gensatz* betont. Von dieser Intention sei im Text zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl aber nichts mehr übriggeblieben: »Hier werden sie zum einfachen Machtmittel. Ein solches Vorgehen hat mit dem Anspruch einer linksradikalen Zeitung nichts, aber auch gar nichts zu tun.«¹⁵ Der Setzer mache sich nicht einmal die Mühe, seine eigenen Positionen auszusprechen, sondern begnüge sich mit flapsigen, inhaltlosen Bemerkungen.

»Einmal soll dadurch eine genaue Begründung der eigenen Position überflüssig gemacht werden. Die flotte, polemische, hämische und irgendwann auch mal zeilenlang ach-so-inhaltsschwer zitierende Satzbemerkungen greift nur an, formuliert aber nie die eigene Position, sondern gibt unausgesprochen vor, sich auf einen gemeinsamen Konsens mit der LeserInnenschaft beziehen zu können.«¹⁶

Außerdem werde durch die Einschübe die Argumentation des/der AutorIn unterbrochen, was vergleichbar mit Zwischenrufen bei Diskussionen sei.

12 O.A.: Zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl, S. 23.

13 Ebd.

14 Alle Kommentare des Setzers in dem Artikel: o.A.: Zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl, S. 22f.

15 G. Gensatz: Eigentlich kein Beitrag zu »Israel« und Palästina. In: *Zeck* 32_1994, S. 7-9, hier S. 7.

16 Ebd.

Im weiteren Verlauf des Artikels wird insbesondere die Schreibweise von Israel mit Anführungszeichen verteidigt: Dies sei praktische Solidarität mit der unterdrückten palästinensischen Freiheitsbewegung, außerdem sei Israel ein Staat, der sich weigere, seine eigenen Grenzen zu definieren:

»Die Zionisten sind der Ansicht, daß zu ›Israel‹ noch Jordanien, Teile Syriens, der Libanon und Teile Ägyptens gehören, deren Anbindung an den bislang ›erkämpften Boden Israel‹ nur eine Frage des Kräfteverhältnisses sei. Das bedeutet, ›Israel‹ ist ein Kampf-begriff, ›israelisch‹ ist das, was die Armee halten kann, was das internationale Kräfteverhältnis, der Imperialismus, politisch und militärisch möglich macht.«¹⁷

Dass genau dieser Artikel durch die Kommentare des Setzers in bislang unbekannter Art und Weise angegriffen werde, sei kein Zufall, sondern Konsequenz aus der eindeutigen – und aus Sicht des Setzers falschen – antizionistischen Positionierung im Nahostkonflikt.

Die Redaktion der *Zeck* reagiert mit einem kurzen Statement auf die Kritik von G. Gensatz. Sie kritisiert darin zwar das Vorgehen des Setzers, verteidigt aber die inhaltliche Stoßrichtung seiner Anmerkungen:

»Die Setzerbemerkungen in dem Strobl Artikel waren unter uns umstritten und haben zu heftigen Diskussionen geführt. Die Form der Kommentierung (in den Text eingearbeitet) war nicht in der Redaktion abgesprochen und wurde von einigen von uns heftig abgelehnt. Das betrifft aber nicht die inhaltliche Kritik am Text, die wir in der Mehrheit durchaus teilen.«¹⁸

Ein Artikel von N.N. setzt sich ebenfalls intensiv mit der Veranstaltung und der Kritik daran auseinander und kommt dabei auch allgemeiner auf die Geschichte des linken Antisemitismus zu sprechen. Ingrid Strobl habe mit ihrer Thematisierung eines linken Antisemitismus offenbar einen Nerv in der linksradikalen Szene getroffen, was sich in den zahlreichen, meist heftigen Zurückweisungen aus der Szene zeige:

»Die Vehemenz mit der Strobbs Position zum Antisemitismus in der Linken widersprochen wird und die überwiegend aggressive Ab- und Ausgrenzung ihr gegenüber erscheint dabei gerade wie ein Beleg dessen, was bestritten werden soll: die offensichtliche Existenz eines linken Antisemitismus.«¹⁹

Tatsächlich sei der Umgang der Szene mit diesem Thema oftmals von Ignoranz, Selbstgefälligkeit, Naivität, Ahnungslosigkeit und einem fundamentalen Desinteresse geprägt. Es scheine, als befürchte man, dass eine intensivere Beschäftigung mit antisemitischen Anknüpfungspunkten in der eigenen Geschichte automatisch zu einer Diffamierung des palästinensischen Widerstandes führen müsse. Mitunter werde eine mangelnde Linientreue auch schlicht durch soziale Ächtung (und den Ausschluss aus der linksradikalen Szene) bestraft.

17 G. Gensatz, S. 8.

18 Redaktion: Anmerkung der Redaktion. In: *Zeck* 32_1994, S. 9.

19 N.N.: Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten – Ingrid Strobl, die Linke und der Antisemitismus. In: *Zeck* 32_1994, S. 10-13, hier S. 10.

So weigerten sich beispielsweise etliche AktivistInnen, sich mit den antisemitischen Kampagnen in der UdSSR zu beschäftigen bzw. diese überhaupt anzuerkennen. Auch blende man in großen Teilen der antiimperialistischen Linken einen entscheidenden Einwand gegen Antizionismus aus: »Da es keine nicht-jüdischen Zionisten geben kann, kann es auch keine nichtjüdischen Antizionisten geben; keine christlichen, und auch keine muslimischen.«²⁰ Antizionismus sei folglich eine innerjüdische Option der Kritik, wer als Nichtjude diese Position beanspruche, handele damit grundsätzlich antiisraelisch. Überhaupt mache es sich die deutsche Linke mit ihrer geschichtslosen Solidarität mit Palästina viel zu einfach:

»Wer in der Rede über Israelis und PalästinenserInnen als DeutscheR die Shoah nicht zum Ausgangspunkt macht, leistet einen Beitrag zur Verdrängung dessen, was immer noch Grundlage sein muß: die Einzigartigkeit der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa durch Deutsche.«²¹

N.N. kritisiert außerdem eine zu weitgehende Pauschalisierung in der Debatte auf allen Seiten. Beispielsweise sei es eben nicht automatisch antisemitisch, wenn auf Verbindungen zwischen deutschen Nazis und zionistischen Siedlergruppen hingewiesen werde, wie manchmal behauptet werde. Entscheidend sei dagegen, mit welcher Intention dieser Umstand thematisiert werde: »Es geht nämlich in der Mehrzahl der Beiträge darum, Faschisten und Zionisten gleichzusetzen, indem die Zusammenarbeit als weltanschauliche Übereinstimmung dargestellt wird und somit ›die‹ Zionisten in die Nähe der Mittäterschaft der Shoah gerückt werden.«²² Ebenso werde zum Teil versucht, den positiven Bezug auf eine jüdische Identität durch manche zionistische Gruppen mit der Rassenideologie der Nazis in Zusammenhang zu bringen, was »dummdreiste Geschichtsfälschung« sei. Gefflissentlich übersehen würden dagegen die Verbindungen zwischen kommunistischen Gruppen und den Nazis sowie die Kontakte zwischen PalästinenserInnen und NationalsozialistInnen während des Zweiten Weltkrieges. »So scheint für manche Linke die Geschichte ein riesiger Gemischtwarenladen zu sein, aus dem sie herausklauben, was ihnen gefällt und ins Konzept paßt. Oder aber eine Glasugel, in der die Geschichte grade so erscheint, wie sie gewünscht wird.«²³

Geschichte und Gegenwart sollten dagegen als das begriffen werden, was sie seien, nämlich die komplexen Ergebnisse aus Widersprüchen, Irrtümern, Brüchen, Hoffnungen und Fehlern. Aus einem solchen Verständnis folge keineswegs die Aufgabe von Parteilichkeit oder die Reduzierung von Geschichte auf bloße Betroffenheit. »Im Staat Israel einen kapitalistischen Staat mit Aufgaben in der imperialistischen Weltordnung zu sehen, der jedoch ebenso mit den Hoffnungen der Überlebenden der Shoah auf ein Leben ohne Pogrome und Diskriminierung gegründet wurde, muß kein Widerspruch sein.«²⁴ Die staatliche Gewalt, die Israel gegen die PalästinenserInnen ausübe, sei somit einerseits absolut kritikwürdig, andererseits als Lehre aus der Shoah nachvollziehbar. Statt diese Ambivalenzen auszuhalten und mit ihnen umzugehen, entscheide sich die

20 N.N., S. 11.

21 Ebd.

22 N.N., S. 12.

23 N.N., S. 12f.

24 N.N., S. 13.

deutsche Linke aber zu oft für ein fatales »Entweder-oder«, demzufolge die Opfer der FaschistInnen von damals heute selber zu FaschistInnen geworden seien.

N.N. endet mit einem Plädoyer für eine breitere Diskussion über Antisemitismus in der eigenen, linken Geschichte: Diese sei zwar schmerzhaft und unangenehm, aber auch notwendig. Festzustellen ist dennoch, dass zumindest die *Zeck* (noch) nicht zum Medium dieser Diskussion wird: Die Auseinandersetzung mit diesem Thema bricht an dieser Stelle zunächst für einige Jahre ab, wenn man von der Beschäftigung mit der Goldhagen-These, die innerhalb der radikalen Linken aber nicht wirklich kontrovers diskutiert wird, einmal absieht.²⁵ Erst ab 1999 flammt die Diskussion wieder auf.

Anlass für die Wiederaufnahme der Diskussion ist ein Konflikt in einem nichtkommerziellen Radio Hamburgs, dem *Freien Sender Kombinat* (FSK), in dem unterschiedliche linke Gruppen jeweils eigene Programme gestalten. Die Heterogenität der beteiligten Gruppen führt immer wieder dazu, dass prinzipielle Konflikte innerhalb der Szene mit besonderer Intensität auch im FSK ausgetragen werden. Stein des Anstoßes ist ein Nachruf auf den verstorbenen Ignatz Bubis im September 1999, in dem es u.a. heißt: »Wieder wird aus Ermangelung von Klassenbewusstsein [...] aus einem liberalen Kapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten ein Antirassist. Warum? Weil er ein Jude war? Als ob das ein Persilschein sei!«²⁶ Der Beitrag stammt aus dem Programm der *Freunde der guten Zeit*, die sich in der anknüpfenden Diskussion äußerst uneinsichtig zeigen. Die Redaktion der *Zeck* sieht in dieser Haltung der Gruppe, die sich selbst als unschuldig Opfer von unbegründeten Antisemitismus-Vorwürfen inszeniert, eines der Kernprobleme der Debatte: »Ihre Feststellung, die Linke würde jede Kritik an Bubis schon als Antisemitismus werten, geht genau am Kern des Arguments vorbei, dass eben in der konkreten historischen Situation jede verkürzte und undifferenzierte Kritik höchst problematisch ist.«²⁷

Die *Gruppe aus gegebenem Anlass*, ein Zusammenschluss aus verschiedenen Redaktionen, die ebenfalls im FSK senden, verfasst eine ausführliche Kritik am Nachruf, in dem sie diese verkürzte Kritik und den darin liegenden strukturellen Antisemitismus erläutern. Das einende Element, dass die unterschiedlichen Teile des Nachrufes miteinander verbinde (des Weiteren geht es in dem Nachruf um einen Richtungsstreit im Zentralrat der Juden um Zuwanderung aus der zerfallenden Sowjetunion und um den israelischen »Terror« gegen die PalästinenserInnen), sei das Leitmotiv »Juden«. Gefährlich sei insbesondere

»seine Verknüpfung mit negativen Eigenschaften, also kapitalistisch, ausbeuterisch, privilegiert und terroristisch. [...] Produziert wird stattdessen eine Negativ-Kette (Kapitalismus, Spekulation, Ausbeutung, Vorstand, Bevormundung, Terror), die sich um den Begriff vom Jüdischen (Bubis, Galinski, Israel) schlingt. Das ist Antisemitismus.«²⁸

25 Vgl. monstrowski: Goldhagen: Richtige These, schlechte Argumente. In: *Zeck* 53_1996, S. 11f. Vgl. auch o.A.: Ganz normale Deutsche und der Holocaust. In: *Zeck* 53_1996, S. 12f.

26 O.A.: Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten. In: *Zeck* 86_2000, S. 8-11, hier S. 8.

27 Die Redaktion: Vorwort zur Dokumentation »Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten ...«. In: *Zeck* 86_2000, S. 8.

28 Gruppe aus gegebenem Anlass: Zurück zum Gegenstand. In: *Zeck* 86_2000, S. 9f., hier S. 9.

Die Diskussion im FSK habe sofort die inhaltliche Ebene verlassen, die oben vorgestellte Analyse sei von den *Freunden der guten Zeit* mit einer Reihe von Beschimpfungen beantwortet worden. Dies sei ein typisches Reaktionsmuster:

»Durch unsere Kritik des strukturellen Antisemitismus im Kern ihrer Identität getroffen, konterten sie bisher hauptsächlich mit Pöbeleien, anstatt unsere Argumente zu erwägen. Ein weiterer Reflex im Denken [...] zeigt sich im Vorwurf, mit unserer Kritik wollten wir sie eigentlich zu Nazis stempeln. Dieses [...] Abwehrmuster ist ein tautologisches: »weil nur Nazis Antisemiten sind, wir aber keine Nazis sein können, weil wir Linke sind, können wir auch keine Antisemiten sein. Wir sind gut, weil wir gut sind.«²⁹

Dabei sei Antisemitismus noch nie ein Privileg der Nazis gewesen, stattdessen hätten alle gesellschaftlichen Schichten und alle politischen Lager diese Vorurteile geteilt. Eben deshalb gebe es auch einen spezifisch linken Antisemitismus, auch wenn die Linke aufgrund ihrer grundsätzlichen egalitären Ideologie relativ gesehen weniger anfällig als andere Gruppen gewesen sei.

»Bestimmte reduzierte Formen des Antikapitalismus mit der Tendenz der Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse können dazu umschlagen, diese Verhältnisse den Personen als eigen anzudichten, also die Verhältnisse als Ausdruck der Personen anzusehen. Das ist ein Grundschema des Antisemitismus, das den Juden das Unrecht eines ganzen gesellschaftlichen Verhältnisses aufbürdet.«³⁰

Wer in seiner Argumentation Begriffe wie »jüdisch« und »kapitalistisch« vollkommen ungebrochen aneinanderreibe, bewege sich in dieser Tradition.

Der Antisemitismus, der sich im Nachruf zeige, sei allerdings kein Zeichen, dass es sich bei den *Freunden der guten Zeit* um glühende AntisemitInnen handele. Stattdessen offenbare sich hier ein latenter Antisemitismus – allerdings in einer solchen Häufung, dass er sich zu einem festen antisemitischen Weltbild verdichte. Dass alles eigentlich anders gemeint wäre, lassen die AutorInnen nicht gelten und ziehen weitgehende Konsequenzen:

»Es geht in dieser Auseinandersetzung um das, was im Radio und den Texten gesagt wurde; was vielleicht damit gemeint war, kann nur Gegenstand der Feststellung sein, dass die Übermittlung der Botschaft völlig verunglückt ist. Das liegt in der Verantwortung der »Freunde der guten Zeit«. In der Verantwortung des Senders liegt es meines Erachtens, die Zusammenarbeit mit den »Freunden der guten Zeit« aufgrund unüberbrückbarer Differenzen in Fragen des linken Selbstverständnisses und der Streitkultur zu beenden.«³¹

Auch die *Freunde der guten Zeit* selbst kommen in der *Zeck* zu Wort. Sie sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt und deuten die Anschuldigungen als Teil eines grundsätzlichen Konflikts im FSK: »Da geht es nicht um Antisemitismus, sondern die moralische Keule wird nur rausgeholt, um Leute, die eine andere politische Überzeugung

29 Gruppe aus gegebenem Anlass, S. 10.

30 Ebd.

31 Ebd.

haben, mundtot zu machen.«³² Die Gruppe beklagt, dass eine Kritik an Bubis von vielen anderen Linken als generell antisemitisch abgelehnt werde: »Natürlich benutzen auch Nazis gerne die persönlichen Widersprüche Bubis, um ihren Antisemitismus zu rechtfertigen, das kann ja aber nicht bedeuten, dass damit die Benennung dieser Widersprüche antisemitisch ist.«³³ Ihre eigenen KritikerInnen seien VertreterInnen einer neuen Linken, der es nicht mehr um reale Kämpfe in der kapitalistischen Gesellschaft gehe, sondern nur noch darum, sich auf die moralisch richtige Seite zu stellen und die Gesellschaft nicht mehr als Klassenkampf, sondern als Kampf zwischen fortschrittlichen und reaktionären Ideologien anzusehen.

Das Muster ihrer Kritik sei stets dasselbe: Sie würden polemische oder auch unglücklich ausgedrückte Sätze auf angebliche oder tatsächliche Muster untersuchen und sie dann in einen möglichst antisemitischen Zusammenhang stellen. Die Freunde der guten Zeit bemängeln daran insbesondere, dass die KritikerInnen immer vom Schlimmsten ausgehen würden:

»Die Wortwahl war eindeutig daneben. Aber geschieht ein unsensibles Umgehen mit Sprache automatisch bewusst? Ansonsten hättest du sagen können, dass wir uns hier ganz gewaltig im Ton vergriffen hätten, aber du zielst ja darauf ab, dass wir nichts unüberlegt machen, sondern ganz bewusst solche Schweine sind.«³⁴

So sei beispielsweise der Teil, in dem es um die israelische PalästinenserInnen-Politik ging, tatsächlich ein Fehler, aber kein Zeichen von Antisemitismus gewesen:

»Der ›Ausflug‹ zu den Palästinensern war in der Tat überflüssig. Das ist die einzige Stelle in deinem Text, wo ich dir Recht gebe. Überflüssig, und nicht antisemitisch. Du drehst daraus jedoch wieder, dass wir das doch bewusst eingeflochten haben, als ›Verstärkung antiisraelischer und antisemitischer Ressentiments‹. Naja, wer sowieso davon überzeugt ist, dass wir schlechte Menschen sind und uns weder die letzten anderthalb Jahre zugehört hat noch die restlichen zwei Stunden der betreffenden Sendung wahrgenommen hat, der will das natürlich so wahrnehmen.«³⁵

Auch der *Kontaktbereichsautonome* meldet sich in der Debatte zu Wort. Die Reaktion der *Freunde der guten Zeit*, insbesondere die moralische Empörung, mit der Kritik an angeblich antisemitischen Äußerungen zurückgewiesen wird, sei tatsächlich ein typisches Muster in der innerlinken Auseinandersetzung. »Die für den Nachruf kritisierte Redaktion empfand den Antisemitismusvorwurf als persönliche Kränkung und Diffamierung, der mit ihrer linken Identität, die quasi per Definition Antisemitismus ausschließt, unvereinbar war.«³⁶ Allerdings führt er auch fundamentalere Gründe für diesen blinden Fleck im linken Selbstverständnis an:

32 Freunde der guten Zeit: Freunde der guten Zeit und der Vorwurf des Antisemitismus. In: Zeck 86_2000, S. 11.

33 Ebd.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Kba: Gut gemeint ist nicht gut gelungen. In: Zeck 88_2000, S. 5.

»Die Verantwortung und die Auseinandersetzung mit der Shoah ist innerhalb der radikalen Linken schon immer ein ›Nebenwiderspruch‹ gewesen: in der Substanz ist strukturell in der Verweigerung dieser Auseinandersetzung die gleiche Motivation erkennbar, die Walser zu seiner Rede getrieben hat. Es sind die Verdrängungswünsche und affektgeladene Schuldabwehr, die in der radikalen Linken genauso wirksam sind, wie in der übrigen Gesellschaft. Deutsche Linke sind eben in erster Linie Nachgeborene der Tätergesellschaft. Und damit tendenziell ebenso antisemitisch.«³⁷

Nur wenig später, im Dezember 2000, wird im FSK erneut über Antisemitismus gestritten. Dieses Mal hat die Anbieterinnengemeinschaft, das gemeinsame Entscheidungsorgan des FSK, zwei Redakteure aus der Radiogruppe *Forumsradio* ein Sendeverbot ausgesprochen. Ihnen wird vorgeworfen, in einem Interview mit einem palästinensischen AktivistInnen dessen Holocaustrelativierung weder unterbrochen noch kommentiert und dadurch antisemitische und völkische Inhalte verbreitet zu haben. In der anschließenden Diskussion werfen die mit Sendeverbot bestraften Redakteure der Anbieterinnengemeinschaft Zensur vor, die Gemeinschaft selbst verweist dabei lediglich auf die formalen Entscheidungsprozeduren des Beschlusses und äußert sich kaum zur inhaltlichen Begründung des Sendeverbots. Die *Zeck* will hingegen ein Forum für eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Vorfall bieten.

Dieses Angebot wird von mehreren AutorInnen gerne angenommen, insbesondere weil der Konflikt nach wie vor als grundlegend angesehen wird, wie beispielsweise *Sec* ausführte:

»Die Auseinandersetzung berührt zentrale praktische Fragen emanzipatorischer Politik, den Kampf gegen Antisemitismus, antiimperialistische Solidarität, die Frage von Person, Lebensweise und Staat, aber auch die Frage der Pluralität in der Linken und ihrer Grenzen. Eine klärende Diskussion ist notwendig.«³⁸

Dabei müsse insbesondere geklärt werden, wo Antisemitismus beginne, insbesondere weil die Intention der/des SprecherIn nicht unbedingt ausschlaggebend sei. Diskussionen um Antisemitismus seien mit einem hohen Diskursrisiko behaftet, der »Sender« einer Aussage habe die Folgen seiner Worte nicht unbedingt in der Hand. Die Rezeption von bestimmten sachlichen oder zumindest sachlich gemeinten Aussagen könne leicht durch den tief in der Gesellschaft verwurzelten Antisemitismus überlagert werden:

»Wie auch immer: Wer, wie die Freunde der guten Zeit vor ungefähr einem Jahr in einer Radiosendung, Ignatz Bubis in einem Nachruf einen ›jüdischen Kapitalisten‹ tituliert, kann sich nicht darauf herausreden, daß seine Tatsachenbehauptung zutrifft. Der hat – zumindest! – versäumt, sich zu vergewissern, welche Klischees er benutzt, welche Vorurteile bestärkt, anders ausgedrückt, daß der Stein, den er wirft, Verletzungen zufügt.«³⁹

37 Kba: Gut gemeint ist nicht gut gelungen. In: *Zeck* 88_2000, S. 5.

38 Sec: Kampf gegen Antisemitismus und antiimperialistische Solidarität dürfen auch nicht gegeneinandergestellt werden. Eine notwendige Diskussion. In: *Zeck* 94_2000, S. 14f., hier S. 14.

39 Ebd.

Im vorliegenden Fall verhalte sich die Sache aber anders: Es gebe keine hinreichenden Belege für den unterstellten Antisemitismus. Als Beweis diene lediglich eine einzige Formulierung (»Wir erleben jetzt, was die Juden damals erlebt haben«), die sich angeblich in eine Reihe weiterer antisemitischer Äußerungen einfüge – ohne dass diese Äußerungen aber konkret benannt werden würden. Die Ausrichtung der gesamten Sendung werde bewusst einseitig dargestellt, beispielsweise unterschlugen die KritikerInnen, »daß zwei Stellungnahmen aus der israelischen Linken verlesen wurden und daß die Verbrechen des deutschen Faschismus, die Ermordung von 6 Millionen Juden, ebenso thematisiert wurden wie die Gefahr, mit der Kritik an Israel falschen Beifall zu bekommen.«⁴⁰ Die kritisierte Aussage sei in der Tat ein falscher Vergleich, aber es handele sich dabei nicht um eine Leugnung des Holocausts. Eine solche Leugnung versuche, die Vernichtung der Jüdinnen und Juden zu vollenden, indem das Verbrechen schlicht nicht anerkannt wird. Im vorliegenden Fall werde der Holocaust aber nicht gelegnet, sondern das Leid der PalästinenserInnen lediglich mit dem historisch einmaligen Leid der Jüdinnen und Juden verglichen. Dieser Vergleich werde dem Holocaust nicht gerecht und verfehle damit sein Ziel – antisemitisch sei er aber nicht.

Die ModeratorInnen hätten an dieser Stelle lediglich versäumt, richtigstellend nachzuhaken, was der Solidarität mit Palästina nicht geschadet hätte. Auch als es um Anschläge auf Synagogen in Deutschland und anderen europäischen Ländern ging, hätten sie sich um eine Klärung bemühen müssen. In der Sendung seien diese Angriffe nur verurteilt worden, weil sie auf die palästinensische Sache ein schlechtes Licht werfen würden; tatsächlich bestehe das Problem aber darin, dass solche Angriffe mit dem Kampf um eine antiimperialistische Befreiung schlichtweg unvereinbar seien.

»Die Schwächen der Sendung bestehen zusammengefaßt m.E. darin, daß der soziale Gehalt und antiimperialistische Charakter nicht durchweg mit der gebotenen Schärfe und in Abgrenzung zu reaktionären Momenten und Tendenzen herausgearbeitet wurde. Der Vorwurf des Antisemitismus jedoch hält der Überprüfung nicht stand.«⁴¹

Der Text endet mit Vorwürfen gegenüber antideutschen Argumentationsweisen: Diese seien einer zutiefst deutschen Denkstruktur verhaftet, weil sie Jüdinnen und Juden und den Staat Israel umstandslos gleichsetzen würden, indem sie antiisraelische Kritik per se als antisemitisch bezeichnen. Dies sei insbesondere problematisch, weil so beispielsweise die jüdische Bevölkerung in Deutschland als fremd und nicht-zugehörig dargestellt werde. Auf der Suche nach einer konstruktiven Lösung für den Nahostkonflikt sei eine unbedingte Solidarität mit israelischer Regierungspolitik ohnehin kontraproduktiv, weil auf diese Weise die Politik eines Staates für sakrosankt erklärt werde, was für radikale Linke eigentlich ohnehin nicht infrage kommen dürfe. »Man muß von ihnen verlangen, daß sie sich, wenn schon nicht mit den Palästinensern, doch wenigstens mit der israelischen Friedensbewegung und Linken auseinandersetzen, die gegen die israelische Politik Stellung bezieht.«⁴²

40 Sec, S. 14.

41 Sec, S. 15.

42 Ebd.

In der folgenden Ausgabe wird den Ausführungen von *Sec* ausführlich widersprochen. *Jik* will insbesondere seine weitgehende Rechtfertigung des Vergleichs zwischen Holocaust und heutiger israelischer Politik nicht akzeptieren, weil ein solcher Vergleich eben die systematische Vernichtung unterschläge. Somit gebe es sehr wohl Vergleiche, die einer Leugnung nahe kämen – unabhängig davon, ob der palästinensische Gast oder die deutschen Moderatoren die Shoah leugnen wollten oder nicht. Ebenso antisemitisch sei es, wenn den Israelis vorgeworfen werde, dass sie heute ihrerseits Konzentrationslager betreiben würden, wie es ebenfalls in der Sendung passiert sei. Die Angriffe auf Synagogen müssten nicht bloß verurteilt werden, weil sie der einen oder anderen Sache schadeten bzw. Antisemitismus befördern würden, wie *Sec* schreibe. »Die Angriffe auf jüdische Einrichtungen, ob von Palästinensern oder anderen, befördern nicht einfach den Antisemitismus, diese Einordnung ist verharmlosend: Die Angriffe *sind* antisemitisch.«⁴³

In der Kritik an antideutschen Argumenten verfehle *Sec* sein Ziel deutlich: Sein Vorwurf der Gleichsetzung von Jüdinnen und Juden und Israel fuße auf der Unterstellung, dass die KritikerInnen der Sendung jede Kritik an Israel automatisch als antisemitisch zurückweisen würden. Dies sei aber nicht der Fall, die KritikerInnen hätten lediglich eine sehr konkrete Verharmlosung der Shoah zurückgewiesen. *Sec* löse im Gegenzug seinerseits den israelischen Staat von der jüdischen Geschichte und vom deutschen und europäischen Antisemitismus, was die historische Notwendigkeit Israels schlicht ausblende.

»Der Vorwurf, eine Kritik an antisemitischer – oder auch bloß falscher, wie doch *sec* anerkennt – Kritik am Staate Israel erkläre dessen Politik für unantastbar, kann realiter nur dazu dienen, umgedreht die arabische und palästinensische Politik der Kritik zu entziehen und mit ihr ihre deutschen Sympathisanten.«⁴⁴

Die deutsche Linke müsse sich zehn Jahre nach der Wiedervereinigung langsam von ihrer antizionistischen Vergangenheit emanzipieren, insbesondere weil der Antisemitismus auch ein zentraler Bestandteil der deutschen Normalisierungsdebatte sei, mit der das wiedervereinigte Land seine Handlungsfähigkeit in der Weltpolitik möglichst schnell wiederherstellen wolle. Eine konstruktive Lösung der Nahostproblematik werde besonders effektiv von jenen verhindert, die jede Kritik an Israel verteidigten, und sei sie noch so antisemitisch oder den Holocaust verharmlosend und relativierend.

Die Forderung von *Sec* – der Kampf gegen Antisemitismus dürfe antiimperialistische Solidarität nicht ausschließen – lasse sich auch in die andere Richtung lesen: Antiimperialistische Solidarität dürfe Kritik an Antisemitismus nicht verhindern. Es sei vielmehr Aufgabe des Antiimperialismus, jedem antisemitischen Ressentiment offensiv entgegenzutreten. Notwendig an dieser Diskussion sei nicht nur die Frage, wie heute eine Kritik am Imperialismus geführt werden könne, ohne dass sich dabei einige Leute in Antisemitismus verstrickten, sondern auch die Frage, *wieso* sich manche Leute

43 *Jik*: Eine notwendige Antwort. Von Unbewiesenheiten und Vorwürfen. In: *Zeck* 95_2001, S. 6-8, hier S. 7.

44 Ebd.

heute in eben jenem verfangen. Angesichts des Leids der PalästinenserInnen sei Solidarität in der Tat angebracht, mit Blick auf antisemitische Aussagen der PLO müsse aber auch diskutiert werden, wie eine Zusammenarbeit konkret aussehen könne bzw. ob mit der PLO überhaupt eine emanzipatorische Politik möglich sei.

Jik stellt verwundert fest, dass die Linke zwar keine Schwierigkeiten habe, den Antisemitismus von bürgerlichen und rechten AkteurInnen zweifelsfrei zu identifizieren und zu kritisieren, aber gleichzeitig nicht in der Lage sei, solche Aussagen aus dem eigenen Lager zu erkennen. Hier sei immer noch zu oft »nichts sehen, nichts hören, nichts sagen« die Devise.

»Umso mehr ist davon von allen zu fordern, sich eben nicht bloß verbal vom Antisemitismus zu distanzieren, sondern Aussagen – zumal wenn es um Israel und Palästina geht – so zu formulieren, dass ›die Gefahr, von der falschen Seite Beifall zu bekommen‹ möglichst ausgeschlossen ist.«⁴⁵

Auch wenn also in fast allen Texten zum Thema Antisemitismus eine weitergehende Diskussion gefordert wird, sieht die politische Realität in Hamburg anders aus. Davon berichtet beispielsweise der *Kontaktbereichsautonome* in einer kurzen Meldung in der *Zeck*. Nachdem eine Veranstaltung zum Thema »Die Linke und der 11. September« im letzten Moment von dem Lokal, in dem sie stattfinden sollte, abgesagt wurde, kritisiert er die mangelhafte Debattenkultur in der Hansestadt. »Bedauerlicherweise scheint sich in Hamburg zunehmend eine politische Kultur der Nichtauseinandersetzung und Diskussionsvermeidung durchzusetzen.«⁴⁶ Es sei zwar in der Tat an der Grenze des Diskutierbaren, was aus manchen antideutschen Kreisen (insbesondere in der Zeitschrift *Bahamas*) nun gefordert werde,⁴⁷ dennoch dürfe nicht der Fehler begangen werden, das Thema zu ignorieren. »Fakt ist aber, dass die Thematisierung von Antisemitismus in der radikalen Linken keineswegs das Privileg Antideutscher sein darf, die mit oftmals falschen Argumenten durchaus richtige Befunde vertreten.«⁴⁸ Wenn aber kontroverse Veranstaltungen einfach abgesagt würden, diene das unfreiwillig der Mythenbildung innerhalb der antideutschen Szene, dass die radikale Linke in Hamburg kein Interesse an einer selbstkritischen Auseinandersetzung habe bzw. ohnehin im Kern antisemitisch sei. Dabei sei eine Diskussion über die Unterschiede zwischen linkem und völkischem Antisemitismus durchaus lohnend (auch wenn der Autor an dieser Stelle leider nicht ausführt, wo dieser Unterschied seiner Meinung nach verläuft bzw. welche unterschiedlichen Konsequenzen sich aus seiner Sicht daraus ergeben). Die Vermischung beider Formen sei ein wesentliches Problem:

»Weil Antideutsche hier nämlich keinen Unterschied machen, beginnt an dieser Stelle die eigentlich interessante Diskussion: welchen Stellenwert die Shoah, also die Vernichtung des europäischen Judentums durch Deutsche, in den antideutschen Antise-

45 *Jik*, S. 8.

46 Kba: Bärendienste. In: *Zeck* 106_2002, S. 4.

47 Als Reaktion auf die Anschläge am 11. September 2001 wurde in der antideutschen Zeitschrift *Bahamas* u.a. ein militärisches Eingreifen der USA gefordert. Später erschienen dort Artikel, die den »Krieg gegen den Terror« verteidigten.

48 Kba: Bärendienste, S. 8.

mitismuskonzepten hat – dann wird mensch schnell merken, dass Schuldabwehr sich in verschiedensten politischen Strategien innerhalb der radikalen Linken manifestiert. Das Konzept der Antideutschen ist da nur eine Variante, über die es sich lohnt, gemeinsam zu streiten.«⁴⁹

Dieser kurze, etwas vage bleibende Text vom *Kontaktbereichsautonomen* wird in einer der folgenden Ausgaben in zwei ausführlichen Beiträgen kritisiert, die allerdings in völlig unterschiedliche Richtungen zielen. Den Anfang macht ein Text der *4 marinas*, in dem sie schon in der Überschrift unzweideutig fordern, eine klare Trennlinie zwischen der linken Szene und der antideutschen Zeitschrift *Bahamas* zu ziehen. Diese Zeitschrift habe sich bereits lange vor dem 11. September aus der Linken verabschiedet, als sie sich mit sexistischen Positionen in die Diskussion um eine Vergewaltigung in Berlin eingeschaltet habe. Mit solchen Leuten gebe es nichts zu diskutieren, ihre Positionen seien nicht verhandelbar, sondern müssten konsequent angegriffen werden. In linken Läden, Veranstaltungen und Zusammenhängen habe die Zeitschrift (bzw. ihre VertreterInnen) zumindest nichts verloren. Auch die provokative Kriegspropaganda nach dem 11. September, die in der *Bahamas* betrieben werde, sei eindeutig keine linke Position mehr.

»Es gibt viele gute Gründe, gegen diesen Krieg der globalen Zurichtung zu sein – auf die kommt es hier aber gar nicht an: sondern darauf, daß der Antisemitismus in der Linken mit Linken zu diskutieren ist und nicht mit Kriegstreibern und Sexisten, die sich sowieso außerhalb eines Konsenses stellen, den Linke als links bezeichnen: Herrschaftsstrukturen aufzubrechen, Rassismus und Patriarchat zu bekämpfen.«⁵⁰

Ebenso wie mit Sexisten nicht über Vergewaltigung zu diskutieren sei, sei es komplett abzulehnen, mit Kriegstreibern über Krieg und Antisemitismus zu diskutieren.

»Da gibt es keine meinungsppluralistischen ›falsche Argumente für richtige Befunde‹, weil schon die zugrundeliegende Analyse falsch ist. Darin fehlen nämlich die Selbstbestimmungsrechte: der Frauen, der Völker – und die sind auch nicht mit Diskursen über Identitätspolitik, Gender, Nationalismus von Befreiungsbewegungen etc. nicht abgeschrieben.«⁵¹

Für die AutorInnen dieses Textes ist das verborgene Ziel der *Bahamas* insgesamt klar:

»Ziel des Bahamas ist, über die Kriegshetze gegen ›islamische‹ Länder (noch nicht einmal islamistisch steht da – zitiert aus ›Verteidigung der Zivilisation‹) und PalästinenserInnen, die über den Vorwurf des Antisemitismus legitimiert werden soll, den Zionismus in der Linken zu verankern.«⁵²

Dieser etwas verschwörungstheoretisch anmutende Vorwurf wird in späteren Auseinandersetzungen mit diesem Text noch intensiver aufgegriffen.

49 Kba: Barendienste, S. 8.

50 Die 4 marinas: Eine klare Trennungslinie zwischen sich und die Bahamas ziehen! In: *Zeck108_2002*, S. 6.

51 Ebd.

52 Ebd.

Die zweite Reaktion auf den Text des Kontaktbereichsautonomen stammt von der *Gruppe Revolutionärer Antifaschisten*, die die abgesagte Veranstaltung organisiert hatten. Auch wenn sie mit inhaltlicher Kritik nicht sparen, betonen sie anfangs ihre Freude über den Beitrag: »Was uns zuerst auffiel: es ist ein fast schon als angenehme Überraschung zu bezeichnendes Ereignis, daß überhaupt noch jemand seine oder ihre Kritik an antideutschen Positionen in Form von inhaltlichen Argumenten formuliert und eine Diskussion einfordert.«⁵³ Weniger überzeugend finden sie allerdings den Inhalt, da der *kba* bei aller Kritik der linken Szene im Grunde nur Gutes unterstelle und daher keinen kritischen Gedanken zu Ende denke. Er vermittle den Eindruck, als gäbe es ein generell hohes Interesse, sich mit Antisemitismuskritik auseinanderzusetzen, was in der Praxis durch die platte Polemik der Antideutschen aber verhindert werde.

»Daß aber nichts außer Polemik angebracht sein könnte, wenn z.B. die Zeck, nachdem islamistische Selbstmordkommandos, in ihrer antisemitischen Raserei ein 110-stöckiges Hochhaus in einen Haufen aus Trümmern und Leichen verwandelten, mit einem US-Actionfilm auf dem Titelbild aufwartet und den Opfern mitteilt: ›Sowas kommt von sowas!‹, das habt ihr nun davon, kommt *kba* nicht in den Sinn.«⁵⁴

Da dieses Titelblatt kein Ausrutscher gewesen sei, sondern ein ziemlich genaues Abbild der herrschenden Meinungen in der Szene, seien nicht Verständnis und Diskussionsbereitschaft, sondern frontaler Angriff angebracht. Die Gruppe arbeitet zwei zentrale Kritikpunkte des *kba* heraus: Erstens würden auch die Antideutschen die Singularität des Holocaust leugnen, weil sie allen Antisemiten einen (mit dem deutschen NS vergleichbaren) Vernichtungswillen unterstellten, zweitens sei ihre Kritik undifferenziert, weil nicht zwischen der völkischen und der linken Spielart des Antisemitismus unterschieden werde.

Der ersten Kritik, nach der die Antideutschen mittels einer Übertragung des eliminatorischen Antisemitismus auf Nicht-Deutsche implizit eine Schuldabwehr betreiben würden, indem sie die deutsche Schuld relativierten, wird heftig widersprochen. »Die Judenvernichtung durch die Deutschen ist Dreh- und Angelpunkt antideutscher Kritik. Die planmäßige Vernichtung von sechs Millionen Menschen um der Vernichtung willen ist mit keinem geschichtlichen Ereignis der menschlichen Zivilisation annähernd vergleichbar.«⁵⁵ Auschwitz habe gezeigt, dass die Menschheitsgeschichte kein fortschreitender Zivilisationsprozess sei, der zwangsläufig im Kommunismus ende, sondern dass ein Rückfall in die Barbarei denkbar und sogar wahrscheinlicher sei.

Dennoch bedeute die Singularität des Holocaust eben nicht, dass ein erneuter Versuch der Vernichtung des Judentums unmöglich sei oder ausschließlich von Deutschen unternommen werden könnte. Schon während des NS habe sich dies in Gestalt der »Zigtausenden Ukrainern, Letten, Kroaten, Polen, Rumänen, Bosniern und vielen mehr, die sich im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung freiwillig am Vernichtungskrieg beteiligten«, gezeigt. Anhand einiger weiterer historischer und aktueller Beispiele

53 Gruppe Revolutionärer Antifaschisten: Antwort der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten auf die Stellungnahme von »kba« in der Zeck. In: *Zeck* 108_2002, S. 7-10, hier S. 7.

54 Ebd.

55 Ebd.

argumentiert die Gruppe, dass der Gedanke der Eliminierung von Jüdinnen und Juden kein ausschließlich deutsches Phänomen sei.

»All diese Phänomene der weltweiten Existenz des eliminatorischen Antisemitismus können mit der These von einem exklusiv deutschen Vernichtungswillen nicht erklärt werden – außer man versteigt sich auf die ebenso verharmlosende wie lächerliche Behauptung, es sei nicht so gemeint, wenn einer außerhalb der deutschen Landesgrenzen ›Tod den Juden‹ brüllt bzw. in dieser Absicht zur Tat schreitet oder es mache einen substantiellen Unterschied, wer da brüllt und mordet.«⁵⁶

Nicht ein irgendwie vage bleibender deutscher Nationalcharakter sei Grundlage für den Holocaust gewesen, sondern die bürgerliche Gesellschaft.

Auch die vom *kba* eingeforderte Differenzierung von völkischem und linkem Antisemitismus sei Unsinn – mit linken Ansätzen hätten die antisemitischen Äußerungen rein gar nichts zu tun, sie würden, im Gegenteil, die barbarischste Variante bürgerlicher Ideologie reproduzieren. Kapitalismuskritik, die nicht die herrschenden Verhältnisse angreife, sondern den angeblichen Machtmissbrauch von habgierigen Individuen oder unheimlichen Mächten propagiere, verhindere letztlich eine tatsächliche Auseinandersetzung. Auf diese Weise sei keine Überwindung der kapitalistischen Ordnung denkbar, sondern letztere werde im Gegenteil gegen irgendwelche imaginierten Volksfeinde verteidigt. Beispiele für eine solch verkürzte Kapitalismuskritik fänden sich nach dem 11. September zuhauf, etwa wenn in einem Flugblatt der Gruppe Lotta Zwei die Opfer der Anschläge ihrerseits zu TäterInnen umgedeutet würden: »Wenn den Getöteten eine Mitschuld an ihrer Ermordung untergejubelt wird, indem ihnen vorgeworfen wird, den Kapitalismus *erzeugt* zu haben, dann ist das nichts anderes, als der antisemitische Affekt, übersetzt in Linkssprech.«⁵⁷

Es sei daher eine grundlegend falsche Annahme, linken Antisemitismus als verkürzte Kapitalismuskritik zu erklären, die nicht so schlimm sei, weil sie sich leicht in die ›richtige‹ Richtung lenken lasse.

»Der antisemitische Affekt ist aber nicht eine gesunde Abneigung gegen den Kapitalismus, die lediglich radikalisiert werden muss, sondern eine *Haßliebe*, die die eine Seite der kapitalistischen Gesellschaft – Produktivität, Staatlichkeit, Gemeinschaft – für gut erklärt (und für quasi naturgegeben hält) und meint, die Krisen, das private Unglück, die Ungleichheit, welche jeden mit dem Untergang bedroht, kurz: all das Schlechte bricht von Außen in diese heile Welt ein. Er will den Kapitalismus, aber nicht seine negativen Folgen. [...] Der Antisemit ist kein verhinderter Revolutionär, sondern ein Untertan, der sich nach der harmonischen Herrschaft sehnt.«⁵⁸

Wie solle die Linke also mit Antisemitismus umgehen? Die *Gruppe Revolutionärer Antifaschisten* hat dazu eine klare Haltung: Die Tötungsbereitschaft sei in der antisemitischen Ideologie latent angelegt. Das bedeute zwar nicht, dass jedeR, der/die sich antisemitisch äußere, auch selbst zur Mordtat bereit sei; gesamtgesellschaftlich habe es aber

56 Gruppe Revolutionärer Antifaschisten, S. 8.

57 Gruppe Revolutionärer Antifaschisten, S. 9.

58 Ebd.

immer Personen und Gruppen gegeben, die den theoretischen Anspruch auch in die Praxis überführt hätten.

»Weil die tödliche Gewalt nicht etwas anderes als die Ideologie ist, sondern ihre logische Folge, hilft jeder, der an diesem Wahn mitstrickt, mit bei der Produktion von Leichen. Ob er auch selber Hand anlegt, muß für Kritiker dieses Wahns nebensächlich sein, denn die Morde werden so oder so passieren und jeder Agitator leistet seinen Beitrag.«⁵⁹

Folglich sei auch mit sogenannten linken AntisemitInnen keine Zusammenarbeit – in welcher Form auch immer – denkbar, sondern auch sie müssten auf das Schärfste angegriffen werden.

Die Tatsache, dass der *kba* von beiden Seiten heftig attackiert wird, ist Anlass für eine weitere kurze Wortmeldung seinerseits in der folgenden Ausgabe. Sein erster Artikel habe zu einer amüsanten Konstellation geführt: Sowohl antiimperialistische als auch antideutsche Gruppen hätten sich gleichermaßen angegriffen gefühlt. »Vier ›marinas‹ kritisieren den (Kurz-)Text, weil er nicht nach den Regeln des autonomen Reinheitsgebots die antideutschen VertreterInnen exkommuniziert.«⁶⁰ Mit ihrer Unterstellung, die wahre Mission der Antideutschen sei die Verankerung des Zionismus in der radikalen Linken, hätten sie aber lediglich zweierlei demonstriert: Erstens, dass sie selbst nicht ernst zu nehmen seien, und zweitens, dass antideutsche Positionen unbedingt weiterhin Teil kritischer linker Debatten sein müssten.

Doch auch die antideutsche Seite sei augenscheinlich unzufrieden und reagiere ausführlich und in einem beleidigten, besserwisserischen Ton, obwohl der Text gar nicht an sie gerichtet gewesen sei. Dabei übersähe sie allerdings, dass es durchaus andere Antisemitismuskonzepte geben könne als das eigene, das sich überdies ausschließlich auf die Arbeiten von Horkheimer und Adorno aus den 1950er Jahren stütze. Eine wirkliche Debatte könne allein deshalb schon nicht stattfinden, weil die Gruppe alles als persönlichen Vorwurf interpretiere.

»Wenn's passt, konstruieren sie sich selbst Argumente (›Antisemitismus als verkürzte Kapitalismuskritik‹), die im Text nicht fallen und nicht mal im entferntesten behauptet werden. Es kommt also nicht mehr darauf an, was geschrieben wird, sondern das ganze wird zu einer Art intellektuellem Tontaubenschießen [...]: egal wer oder was sich da regt, einfach draufhalten.«⁶¹

Letztlich seien sich beide Reaktionen wahrscheinlich zumindest darin einig, dass »solche vermeintlich schieß-liberale Beliebigkeit« abzulehnen sei.

Die Forderung der 4 *marinas*, einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und dem Feind zu ziehen, wird in einem weiteren Artikel aufgegriffen. *Einige Bettelhunde des Imperialismus* berichten, wie AktivistInnen in Berlin sich diese Forderungen in der Tat zu Herzen genommen hätten, als sie ein Lokal in Berlin mit Eisenstangen und Springmessern und unter »Juden raus«-Rufen angriffen, in dem an jenem Abend auf Einladung

59 Gruppe Revolutionärer Antifaschisten, S. 9.

60 *Kba*: 1 + 1 = 3. In: *Zeck* 109_2002, S. 5.

61 Ebd.

der *Bahamas* über antisemitische Israelkritik diskutiert werden sollte. Zwar seien die beteiligten Gruppen in der linksradikalen Szene ohnehin marginalisierte Sekten, der Übergriff zeige aber dennoch bedenkliche Entwicklungen:

»Angesichts dessen, dass Autonome über die genannten Sekten meist ebenso sehr die Nase rümpfen wie über die Bahamas und die anderen Antideutschen, wird sich manche LeserIn fragen, was sie das Ganze angehe: Nicht schön sicherlich, aber Berlin ist weit, und so wie dort geht's in Hamburg nie und nimmer zu. [...] Wer aber garantiert, dass es bei der Ruhe bleibt – einer Ruhe, die bisher vor allem damit zusammenhing, dass die antideutschen Gruppen und Einzelpersonen kaum präsent in der Hamburger Linken waren?«⁶²

Wer nun aber – wie die *4 marinas* – fordere, Veranstaltungen der *Bahamas* »platzen zu lassen«, der rechtfertige damit auch gewalttätige Übergriffe und bringe

»das Mittel der Saalschlacht gegen jene in Anschlag [...], die ob ihrer Marginalität in der Linken [...] zu einer leibhaften Gefahr nicht mal werden könnten, wenn sie es denn wollten, und daher am effektivsten zu bekämpfen wären, indem man sie, wie in der Vergangenheit, einfach ignoriert.«⁶³

Neben dieser impliziten physischen Bedrohung sei aber auch die zugrundliegende Engstirnigkeit, über linken Antisemitismus nur mit Linken diskutieren zu wollen, eigentlich ein Skandal: »als ginge Antisemitismus nur den Verein an, der ihn gerade ausübt, und nicht vor allem die, gegen den er sich wendet.«⁶⁴ Der Großteil der linken Szene unterstütze zwar solche Haltungen nicht direkt, schaffe aber durch das eigene Nichtverhalten und die eigene Ignoranz ein Umfeld, in dem antisemitische Haltungen ungehindert ausgelebt werden könnten. Auch die *Zeck* wird in diese Kritik eingeschlossen: »Und solange Hetze wie die der »4 marinas« kommentarlos in autonomen Zeitschriften erscheinen kann, ist auf die ach so differenzierte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ein Ei zu backen.«⁶⁵

Diese Vorwürfe werden in der folgenden Ausgabe von der Redaktion in einem ausführlichen Vorwort aufgegriffen und beantwortet. Auch die Art und Weise, in der die Diskussion geführt werde, wird dabei angesprochen:

»Wir äußern uns jetzt, weil wir zum einen selbst, als ZECK, als Beispiel für den Antisemitismus in der Linken genannt und für unsere Veröffentlichungspraxis kritisiert worden sind. Zum anderen wirft die Tendenz der Diskussion, in selbstgerechter Abgrenzung bzw. Umdrehung der Vorwürfe zu erstarren, für uns die Frage auf, wem oder was mit einer Fortsetzung eigentlich gedient ist.«⁶⁶

Die Redaktion verweist auf ihre gängige Praxis, allen linken Gruppen die Möglichkeit zu geben, Artikel zu veröffentlichen und an Diskussionen teilzunehmen, egal, ob die ver-

62 Einige Bettelhunde des Imperialismus: Keinen Fußbreit dem antisemitischen Mob. In: *Zeck* 109_2002, S. 6f., hier S. 6.

63 Ebd.

64 Einige Bettelhunde des Imperialismus, S. 7.

65 Ebd.

66 Die Redaktion: In eigener Sache. In: *Zeck* 110_2002, S. 4f., hier S. 4.

trete Meinung in den angeblichen »linken Konsens« der einen oder anderen Fraktion passen würden. Die Entscheidung, bestimmte Artikel nicht abzdrukken, weil sie – bewusst oder unbewusst – menschenverachtende Verhältnisse stützten, anstatt sie zu bekämpfen, sei stets inhaltlich am konkreten Text getroffen worden, niemals auf Grundlage pauschaler Urteile über die Gruppen.

Dem Vorwurf der *Gruppe Revolutionärer Antifaschisten*, dass das Titelblatt nach dem 11. September geschmacklos gewesen sei, stimmt die Redaktion zu. Zwar habe die Gruppe nicht erwähnt, dass im begleitenden Vorwort die Anschläge verurteilt worden seien, dennoch sei die Kritik im Kern berechtigt; man sei unfähig gewesen, die Anschläge vom 11.9. angemessen einzuordnen und habe das mit einem Rückgriff auf altbekannte Klischees aus der untersten Schublade kombiniert.

Die Redaktion verteidigt aber trotz eigener inhaltlicher Bedenken an einigen Texten ihre generelle Veröffentlichungspraxis. So müsse eben ausgehalten werden, dass die eine Seite behaupte, die Antideutschen wollten den Zionismus in der Szene verankern, während die andere Seite geschichtsrevisionistische Thesen über den angeblichen Vernichtungswillen von sogenannten »Hilfswilligen« im Zweiten Weltkrieg aufstelle, ohne zu reflektieren, dass diese Hilfe oft nicht so freiwillig erfolgte wie behauptet. »Wie auch immer die Bewertung einzelner Texte auch ausfallen mag, wir können und wollen das in Gänze hier nicht ausführen, sondern an den eben genannten Beispielen nur verdeutlichen, dass das, was die einen für die »einfache Wahrheit« halten, so einfach nicht ist.«⁶⁷

Insbesondere der Vorwurf an die Szene, dass die Weigerung, sich für die eine oder andere Seite zu positionieren, die gesamte Szene mitschuldig mache, wird aber klar zurückgewiesen. Eine solche Lesart werde zur selbsterfüllenden Prophezeiung – wenn viele sich bestimmten Analysen nicht anschließen wollten, werde das wiederum als Beweis gelesen, dass alle verkappte AntisemitInnen (oder Rechte) seien. Mittlerweile habe sich diese Dynamik so weit hochgeschaukelt, dass beide Seiten Mittel anwendeten, die in innerlinken Auseinandersetzungen nichts verloren hätten und nicht zu rechtfertigen seien. Diese destruktive Dynamik sei aber niemals zu durchbrechen, indem man fordere, dass sich alle Zögernden für die eine oder andere Seite entscheiden sollten.

»Vielmehr müssten sowohl die Freunde Palästinas als auch die Freunde Israels die an sie gerichteten Kritiken ernst nehmen. Am zuguckenden Rest wäre es, selber Positionen zu formulieren anstatt sich den Fragen mit dem Hinweis auf die Schlimmfinger (wahlweise Antideutsche oder Antiimps) zu entledigen. [...] Wir können das, was wir einfordern, aus internen Gründen inhaltlich kaum leisten. Schlussendlich wollen wir alle diejenigen, die sich mit einem Diskussionsbeitrag am weiteren Verlauf beteiligen wollen, darum bitten, in den Vorwürfen an die jeweils anderen vielleicht mal einen Gang herunterzuschalten und sich den falschen Alternativen zu verweigern.«⁶⁸

Auch in anderen Texten wird die ausschließende Art und Weise der Diskussion, die nur die eigene Meinung als denk- und sagbar darstelle, zum Teil heftig kritisiert. Die *Gruppe Revolutionärer Organismen* geht sogar so weit, in einer Analyse herauszuarbeiten, »dass

67 Die Redaktion: In eigener Sache, S. 5.

68 Ebd.

GRA [die Gruppe Revolutionärer Antifaschisten] nicht anders denken tut als FaschistInnen, sondern bloß eine andere Meinung hat. Als Bezeichnung dieser Art Denk-Taten schlagen wir das Wort ›krypto-faschistisch‹ vor.«⁶⁹

Eine Gruppe aus Flensburg sieht in der Argumentationsweise der *Gruppe Revolutionärer Antifaschisten* und in deren Kritik an verkürzter Kapitalismuskritik eine Gefahr für antikapitalistische und antinationale Kritik insgesamt:

»Festzustellen und zu äußern, welche Konzerne was und wen auf der Welt ausbeuten bzw. vernichten, ist berechtigte, notwendige (und nicht ›verkürzte‹) Kapitalismuskritik. Kauft ihr Coca-Cola bei 'ner Shell-Tanke, weil Kritik und Boykott derartiger Multis antisemitisch ist? [...] Zionismus, der israelische Staat, dessen Außen- (bzw. Innen-)Politik, jüdisch sein und jüdisch leben – nichts von dem Genannten ist deckungsgleich mit dem anderen. Da wird mensch doch wohl die israelische Politik kritisieren dürfen (so wie alle Staatsformen kritikwürdig sind), ohne als Antisemitin bezeichnet zu werden.«⁷⁰

Antisemitismus in der Linken sei zwar ein reales Problem, über das unbedingt diskutiert werden müsse, ein solch polemischer Frontalangriff sei aber keine angemessene Grundlage, sondern wirke kontraproduktiv auf die Auseinandersetzung. Die Gruppe kritisiert auch den intellektuellen Stil und die Form des antideutschen Artikels: »Wir fanden den Text der Rev. Antifa schwer intellektuell, die Nicht-Deutschen in unserer Gruppe hatten Schwierigkeiten, ihn zu verstehen. Es wäre schön, wenn ein einfacherer Sprachstil benutzt werden könnte.«⁷¹

Eine weitere Gruppe aus Flensburg, die sich *Noka und andere* nennt, versucht, einen Ausgleich zwischen den berechtigten Anliegen auf beiden Seiten herauszuarbeiten. »Als libertäre Linke lehnen wir die israelische Kriegspolitik genauso ab wie palästinensische Selbstmordattentate, insbesondere, weil beide unschuldige ZivilistInnen treffen.«⁷² Generell seien Nationalstaaten abzulehnen und die Gruppe hoffe, dass sie in einer besseren Zukunft nicht mehr existierten, weil die Menschen dann erkannt hätten, dass sie keine Machtstrukturen bräuchten. Dennoch sei die Gründung des Staates Israel ein besonderer Fall gewesen, da es eine historische Notwendigkeit eines Schutzraums für Jüdinnen und Juden gegeben habe. Israels Existenzberechtigung sei daher essenziell und insbesondere die deutsche Linke müsse dies anerkennen. Israel habe auch das Recht, sich zu verteidigen, was jedoch nicht bedeute, dass die Art und Weise der Verteidigung jeglicher Kritik entzogen sei. Selbstverständlich dürfe und müsse die israelische Politik von radikalen Linken kritisiert werden, ohne dass eine solche Kritik als antisemitisch angesehen werde. Eine konstruktive Debatte müsse insbesondere herausarbeiten, an

69 Gruppe Revolutionärer Organismen: Stellungnahme der Gruppe Revolutionärer Organismen zur Antwort der Gruppe Revolutionärer Antifaschisten auf die Stellungnahme von »kba« in der (vor-)letzten Zeck. In: *Zeck* 110_2002, S. 6-9, hier S. 6.

70 Eine Gruppe aus Flensburg: Zu den Revolutionären Antifas aus der Aprilausgabe der Zeck. In: *Zeck* 110_2002, S. 10.

71 Ebd.

72 Noka und andere: Keine Macht für niemand. Ein Kommentar zur Antisemitismus-Debatte. In: *Zeck* 111_2002, S. 7.

welchen Stellen die Linke – bewusst oder unbewusst – antisemitische Inhalte übernehme. »Es wird uns leichter fallen, unsere eigenen Rassismen und Antisemitismen zu erkennen und zu bearbeiten, wenn wir uns nicht in Stücke reißen beim kleinsten ›Fauxpas‹, sondern erst nachfragen, dann klären und schließlich bearbeiten.«⁷³

Während die Diskussion über die abgesagte Veranstaltung noch im vollen Gange ist, wird dieser Konflikt von einem weiteren Vorfall überschattet, der in den folgenden Monaten die Hamburger Debatte über linken Antisemitismus prägen soll. Schauplatz ist wieder einmal das *Freie Sender Kombinat*, wo erneut eine Sendung, der die unkommentierte Verbreitung antisemitischer Inhalte vorgeworfen wird, mit einem vierwöchigen Sendeverbot belegt wird. In einem Interview mit einem palästinensischen AktivistInnen fallen mehrere Aussagen, die als Verharmlosung antisemitischer Übergriffe und als Leugnung der Singularität des Holocausts verstanden werden. Der Aktivist bezeichnet darin die für einen Angriff auf eine Synagoge verantwortlichen Täter als »Dummköpfe« und vergleicht die aktuelle Situation der PalästinenserInnen mit der Shoah:

»Der Holocaust war ein Verbrechen, durch das sechs Millionen Menschen, unschuldige Menschen ermordet wurden. Aber es werden jetzt andere Menschen ermordet. Es wird nicht durch eine technisierte Prozedur gemacht wie damals bei den Nazis gegen die Juden und die anderen Oppositionellen, aber trotzdem, es werden Menschen ermordet. [...] Für mich gibt es keinen Unterschied zwischen den Kämpfen im Warschauer Ghetto damals gegen die Nazis und die Kämpfe in Djenin oder in irgendeinem anderen Flüchtlingslager in der Gegend. Es sind also Leute, die von einer Übermacht umzingelt sind und die kämpfen um ihr eigenes Überleben.«⁷⁴

Die betroffene Redaktion von *Afrika, Asien, Lateinamerika in Kontakt (Inkontakt)* ignoriert jedoch das Sendeverbot und strahlt ihre Sendung im Juni 2002 nochmals aus. Um den Verbotsbeschluss in der folgenden Woche tatsächlich durchzusetzen, versammelt sich am 20. Juni 2002 eine Reihe von FSKlerInnen, um den Zugang zum Studio zu blockieren. Eine Gruppe von ca. 13 Personen aus der *Inkontakt*-Redaktion und deren Umfeld versucht dennoch, sich gewaltsam Zugang zu den Räumen und der Studiotechnik zu verschaffen, wobei mehrere FSKlerInnen verletzt werden. Einige AugenzeugInnen schildern den Ablauf der Auseinandersetzung folgendermaßen:

»Nach einem kurzen Wortwechsel beschimpften und bespuckten einige u.a. in der B5 aktive Männer die Sitzenden und versuchten, sich durch die Sitzblockade auf der Treppe zum Sendestudio zu drängen. Als dies nicht gelang, begannen sie, die Sitzenden zu treten, auf sie einzuprügeln und einzelne von der Treppe zu ziehen. [...] Wie auch später wurde immer wieder geschrien, dass die FSKlerInnen ›the government‹ seien, ›Polizeimethoden‹ anwenden würden, ›zensierend‹ aufträten und Rassisten seien; die Ausrufungen gipfelten in den Behauptungen, sie seien ›Marionetten‹, bezahlt vom ›Mossad‹ und dem ›Verfassungsschutz‹. Auch homophobe Beschimpfungen wie ›cocksucker‹ fielen. [...] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die [Angreifer] sofort, ohne jede

73 Noka und andere, S. 7.

74 Zitate aus dem Radiointerview zitiert nach gruppe demontage: Same procedure as every year? Einige Anmerkungen zum Antisemitismustreit beim Freien Sender Kombinat. In: *Zeck* 112_2003, S. 22-24, hier S. 22.

Vorwarnung und routiniert geprügelt haben. Teilweise wurde eindeutig geschlagen, um zu verletzen.«⁷⁵

Die FSK Gruppen kritisieren, dass die *Inkontakt*-Redaktion sich selbst zu Opfern einer Zensurkampagne stilisiere, ohne sich überhaupt mit den Antisemitismussvorwürfen zu beschäftigen. Sie zögen sich auf die Haltung zurück, dass das Sendeverbot als politisches Instrument gegen antiimperialistische Haltungen missbraucht werde und den Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland mundtot machen solle. Dabei übersähen sie allerdings, dass ein freier Sender keineswegs bedeute, alles unkommentiert senden zu müssen.

»Die Freiheit Freien Radios besteht nicht in der unbeschränkten Redefreiheit, was z.B. antisemitische Inhalte angeht. Im Freien Radio geht es nicht darum, allen Meinungen Platz einzuräumen und am Ende einen Querschnitt gesellschaftlicher Positionen un-hierarchisch nebeneinander stehen zu lassen. Das Frei im Freien Radio bedeutet vielmehr, ohne direkte Bindungen an bürgerliche Medien kritische Gesellschaftsanalysen zu betreiben und sich dabei die Freiheit zu nehmen, auch die eigene Praxis immer wieder kritisch zu hinterfragen.«⁷⁶

Darüber hinaus sei die Selbstorganisation ein wichtiges Prinzip, das aber durch den Versuch, sich gegen einen demokratisch gefassten Beschluss mit Gewalt durchzusetzen, völlig ad absurdum geführt werde.

Die Vorwürfe ausschließlich als rassistischen Angriff auf sich selbst zu lesen, werfe außerdem Fragen auf u.a. weil mehrere *Inkontakt*-Mitglieder bzw. an der Schlägerei Beteiligte deutsche Männer seien:

»Die deutschen Antira-Männer in den Reihen der *Inkontakt*-Gruppe offenbaren ein instrumentelles Verhältnis zu MigrantInnen, wenn sie die an sie gerichtete Kritik nur als rassistisch verstehen können. Indem sie die migrantische Identität übernehmen, stilisieren sie sich zu Opfern, die sie nicht sind.«⁷⁷

Letztlich sei der Rassismussvorwurf nur vorgeschoben, um nicht über die eigenen antisemitischen Tendenzen reden zu müssen. Weder Antisemitismus noch Personen, die andere AktivistInnen zusammenschlagen, dürften daher einen Platz im FSK haben.

Der Artikel in der *Zeck*, in dem über den Vorfall beim FSK berichtet wird, schlägt zudem aus einem weiteren Grund hohe Wellen: Einige der beteiligten Personen werden namentlich genannt sowie ihre Gruppenzugehörigkeiten offengelegt. Die *Zeck*-Redaktion entschuldigt sich einige Zeit später in einer »vernichtenden Selbstkritik« für die Veröffentlichung des Artikels und dafür, dass man den eigenen Fehler erst nach einer Woche und mehrfacher Kritik von außen eingestehen konnte. Man habe anschließend versucht, so viele Exemplare wie möglich wieder einzuziehen und nur mit geschwärzten Passagen erneut auszulegen.

75 Der Vorstand; die ABC Delegierten von Radio Loretta, Stadtteilradio und Uniradio goes Academic Hardcore: Ein Schlag gegen den Mossad? In: *Zeck* 111_2002, S. 6f., hier S. 6.

76 Ebd.

77 Der Vorstand und die ABC Delegierten von Radio Loretta, Stadtteilradio und Uniradio goes Academic Hardcore, S. 6f.

Auch wenn die namentliche Nennung von linken AktivistInnen ein schwerer Fehler gewesen sei, hält die Redaktion an der inhaltlichen Kritik des Artikels fest:

»Es lässt sich selbstverständlich darüber streiten, ob die kritisierten Sendungen tatsächlich antisemitische Inhalte enthielten oder nicht. Auch über das Mittel des (befristeten oder unbefristeten) Sendeverbotes und dessen pädagogischen Gehaltes gibt es viele Meinungen. Den aktuellen Konflikt auf rassistische Strukturen zurückzuführen, halten wir aber für unzutreffend.«⁷⁸

Das namentliche Outing innerhalb der linken Szene werde jedoch nur gegen Personen angewendet, die Vergewaltiger, Spitzel, Nazikader o.Ä. seien. Auch wenn der Angriff auf die FSKlerInnen heftig gewesen sei, könne er eine solche Praxis niemals rechtfertigen. Die *Zeck* verweist auf die angespannte personelle Situation in der Redaktion, die eine gründliche Durchsicht der publizierten Texte oftmals nicht erlaube. Um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden, beschließt die Redaktion eine dreimonatige Pause der *Zeck*, in der über das weitere Vorgehen beraten werden solle – mit offenem Ausgang. Auch eine Beendigung des Projektes sei denkbar. Letztlich sind die Konsequenzen aber nicht ganz so gravierend: Die *Zeck* wechselt ihren Erscheinungsrhythmus und wird nach der Pause nur noch alle zwei Monate publiziert.

Nach der Auszeit geht die Debatte um den Vorfall beim FSK intensiv weiter. Mehr und mehr melden sich dabei Stimmen zu Wort, die sich einer Positionierung für die eine oder die andere Seite verweigern und beide Konfliktparteien gleichermaßen unter Beschuss nehmen. Auch die *Gruppe Demontage* steuert einen solchen Text bei, der im Vorwort der *Zeck* als »gut und wichtig« angekündigt wird, »denn dieser Text beschäftigt sich mit der Diskussions- und Auseinandersetzungs-Unkultur in dieser Debatte, was wir einen produktiveren Ansatz finden, als sich in Grabenkämpfen auf der einen oder anderen Seite auszutoben.«⁷⁹

In ihrem Beitrag kritisiert die *Gruppe Demontage* den nach wie vor weit verbreiteten Unwillen, sich mit dem Thema Antisemitismus zu beschäftigen:

»Das Einfordern einer inhaltlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in einem linken Projekt ist legitim und notwendig. [...] In der schon fast ritualhaften Abwehr dieser Auseinandersetzung in bestimmten politischen Kreisen wird immer öfter mit beleidigtem Gestus versucht, die inhaltliche Kritik als Vorwand zu denunzieren, die eigene Position mundtot machen zu wollen. Dabei beschränkt sich die Argumentation oft drauf, als ›Linke/r‹ und ›Antifaschist/in‹ überhaupt nicht antisemitisch sein zu können, was kompletter Unsinn ist. So würde heute zum Beispiel keine/r mehr abstreiten, dass linke Männer durchaus sexistische Gewalt ausüben können und es auch immer wieder tun, oder dass linke Menschen rassistische Ausgrenzungsstrukturen reproduzieren.«⁸⁰

78 Die Redaktion: Eine vernichtende Selbstkritik. Die *Zeck* Redaktion meldet sich zu Wort. In: *Zeck* 111_2002 (Einlegeblatt ohne Seitenangabe).

79 Redaktion: Vorwort. In: *Zeck* 112_2003, S. 2.

80 Gruppe demontage: Same procedure, S. 22f.

Diese Abwehrmuster seien mittlerweile bekannt. Neu sei hingegen die Tendenz, die Auseinandersetzung gewaltsam auszutragen. Dies sei das Ende einer inhaltlichen Diskussion – wer das Faustrecht nutze, wolle die GegnerInnen nicht überzeugen, sondern einschüchtern und besiegen. Allerdings sei auch die Reaktion der Angegriffenen, einige AktivistInnen namentlich zu outen, eine Abkehr von den Grundsätzen innerlinker Konflikte. Sinnvoller sei, in Fällen solcher Gewalt die Gruppen, in denen die SchlägerInnen organisiert seien, in die Pflicht zu nehmen. Wer sich als Gruppe nicht von solchen Übergriffen distanzieren, komme als Verbündete nicht infrage. Ziel müsse bleiben, innerlinke Konflikte innerhalb der eigenen Strukturen zu lösen und nicht auf die bürgerliche Justiz zurückzugreifen.

Die Forderung der *Inkontakt*-Redaktion, sich beim FSK mit dem eigenen Rassismus auseinanderzusetzen, sei prinzipiell berechtigt: Auch die Linke konstituiere sich nicht jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse, weshalb es in linken Strukturen durchaus rassistische Ausgrenzung geben könne. Im konkreten Fall sei dieser Vorwurf aber lediglich vorgeschoben. Es müsse auch verhindert werden, einen falsch verstandenen Antirassismus zu etablieren, der durch kritiklose Zustimmung zu migrantischen Äußerungen und Forderungen jeden emanzipativen Charakter verlieren könne. Richtiger Antirassismus zeichne sich gerade dadurch aus, dass er das Gegenüber ernst nehme und auf Augenhöhe mit ihm umgehe, was eben auch eine solidarische Kritik einschließen müsse.

Die *Gruppe Demontage* sieht die strukturellen Ursachen für den immer wieder aufflammenden Konflikt in einem grundsätzlichen Dilemma der radikalen Linken begründet und erhebt schwere Vorwürfe gegen beide Seiten:

»Aus unserer Sicht ist diese Entwicklung der Ausdruck eines schon länger stattfindenden Zerfallsprozesses der radikalen Linken, die sich unter dem Druck ihrer gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit und aufgrund ihrer eigenen Kommunikationsunfähigkeit selbst zerfleischt. An diesem Prozess waren in den letzten Jahren zwei Fraktionen maßgeblich beteiligt, die sich durch das permanente Insistieren auf Polarisierungen, Polemiken und Abgrenzungen bei der Zerstörung einer emanzipativen Linken besonders hervorgetan haben.«⁸¹

Die klassische antiimperialistische Szene sei an inhaltlichen Auseinandersetzungen generell nicht interessiert und klammere sich stur an überkommene Wahrheiten. So ignoriere sie beispielsweise die qualitative Veränderung der palästinensischen Bewegung, die zunehmend nicht mehr von sozialistischen Gruppen, sondern von radikalen islamistischen Organisationen wie der Hamas geprägt sei. Auch die kritische Aufarbeitung der Geschichte antiimperialistischer Solidarität sei spurlos an ihnen vorbeigegangen. Aber auch die antideutsche Seite habe sich immer weiter von der radikalen Linken entfernt und trete oft genug als Vertreterin des rassistischen Mainstreams auf.

Der Großteil der linken Szene, der eigentlich mit beiden Seiten seine Probleme habe, verhalte sich zurückhaltend und indifferent, was dazu führe, dass eine zahlenmäßig marginale Minderheit mit Radikalpositionen die Debatte prägen könne. »Dies spitzt politische Kontroversen auf die Positionen der Exponiertesten zu und mißt Aussagen

81 Gruppe demontage: Same procedure, S. 24.

sektiererischer Gruppen eine Bedeutung bei, die sie real nicht haben.«⁸² Die Konflikte liefen daher als reflexhafte Reaktion auf diese Konstellationen ab, Kritik werde sofort personifiziert, Personen in Schubladen gesteckt, aus vergangenen Konflikten sei nichts gelernt worden.

Die Zeck spricht sich einige Ausgaben später dennoch klar dafür aus, sich auch weiterhin mit dem Konflikt um linken Antisemitismus im FSK zu beschäftigen.

»Viele mögen sich von dem Konflikt bereits entnervt abgewandt haben und ihn als endlosen Hahnenkampf zweier Betonfraktionen begreifen – oder sich gar nicht erst damit beschäftigt haben. Wir halten es aber aus drei Gründen nach wie vor für wichtig, sich dem Konflikt zu stellen und ihn nicht bloß als internen eines linken Projektes wahrzunehmen.«⁸³

Zum einen sei das FSK eine wichtige Institution für die Hamburger Linke, nicht nur als Plattform für inhaltliche Auseinandersetzungen, sondern auch als Medium für Agitation. Zweitens betreffe der Streit um Antisemitismus und um die richtige Positionierung zum Nahostkonflikt nicht nur das aktuelle Projekt, sondern die radikale Linke als Ganzes. Entscheidend sei die Frage, ob es gelinge, eine Position zu finden, die den Widersprüchlichkeiten des Nahostkonflikts gerecht werden könne, beispielsweise sowohl die Notwendigkeit Israels verteidige als auch weiterhin Kritik an nationalstaatlicher Repression durch die israelische Regierung zulasse. Sich in Projektionen und Identifikationen zu verlieren, sei mit Sicherheit der falsche Weg. Drittens sei wichtig, der Tendenz zur Missachtung aller Regeln für innerlinke Auseinandersetzungen gemeinsam entgegenzuwirken. Gewalt, gegenseitige Denunziation und der wechselseitige Ausschluss aus linken Zusammenhängen dürften nicht zum Regelfall interner Konflikte werden.

Abschließend werden auch in diesem Text beide Seiten für die Art und Weise, wie sie den Konflikt führen, kritisiert: Viele Texte antideutscher Gruppen zum Thema seien

»Zeugnis einer Kritik, die zwanghaft jede Differenz und vielleicht falsches Argument als antisemitisch ›entlarven‹ muss und eher nach der Maßgabe ›alles Antisemiten außer Mutti‹ zu funktionieren scheint. Ein gefundenes Fressen wiederum für diejenigen, für die der Antisemitismusvorwurf in nichts anderem besteht als in den dunklen Machenschaften der ›Antideutschen‹, die den letzten wackeren und aufrechten Linken den Todesstoß versetzen wollen.«⁸⁴

Statt dieser fruchtlosen Streiterei tatenlos zuzusehen, müsse das Ziel nun wenigstens sein, gemeinsam daran zu arbeiten, ein Minimalprogramm festzulegen – wenn schon kein Konsens über die Fragen, wann Antisemitismus beginne und wie ihm zu begegnen sei, herzustellen sei.

Ähnliche Kritik an der Art und Weise der Auseinandersetzung äußert auch das *Plenum der Roten Flora*. Kurz nach der Prügelei im FSK hatte die Flora einem Beteiligten Hausverbot erteilt, da sich die Betroffenen durch seine Anwesenheit bedroht fühlen

82 Gruppe demontage: Same procedure, S. 24.

83 ZECK: Zur aktuellen Situation beim FSK. In: Zeck 115_2003, S. 20f., hier S. 20.

84 ZECK: Zur aktuellen Situation beim FSK, S. 21.

könnten. Nach ca. einem Jahr wird das Hausverbot wieder aufgehoben, um den Weg für weitere Diskussionen freizumachen. Explizit nicht beabsichtigt sei aber, durch die Aufhebung das gewalttätige Verhalten nachträglich zu legitimieren. Das *Plenum* finde jedoch problematisch, einen einzelnen für das Handeln einer größeren Gruppe verantwortlich zu machen; außerdem dürfe die Flora nicht die Rolle einer »Szenepolizei« übernehmen, die in Konflikten entscheide, wer Recht habe. Man erhoffe sich, nun eine Diskussion über Auseinandersetzungsformen und Antisemitismus führen zu können. Mit Blick auf den bisherigen Verlauf seien beide Seiten offensichtlich nicht in der Lage, konstruktiv mit dem Thema umzugehen:

»Wir finden die Art des Konflikts, so wie er bisher geführt wurde (Machtpolitik, körperliche Auseinandersetzungen, Outing etc.) katastrophal. Sie ist geprägt durch das Vertreten konträrer Positionen, die sich unserer Wahrnehmung nach in der Diskussion keinen Millimeter bewegen, da die ProtagonistInnen glauben, die alleinige Wahrheit für sich gepachtet zu haben und so eine differenzierte Betrachtung des Konflikts unmöglich machen. Wir sind nicht bereit, diese Art der Auseinandersetzung mit zu führen, denn wir finden die Thematik zu relevant als dass sie auf der Ebene identitärer Grabenkämpfe ausgetragen werden sollte.«⁸⁵

Im Januar 2004 wird der innerlinke Konflikt um den Umgang mit Antisemitismus abermals weiter angeheizt. Auslöser ist diesmal eine antifaschistische Demonstration, die sich gegen eine Demonstration von Nazis gegen die Wehrmachtsausstellung richtet. Zu Beginn der Demonstration kommt es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen TeilnehmerInnen der linken Demonstration und einer Gruppe von antideutschen AktivistInnen. Unterschiedliche Gruppen stellen die Ereignisse relativ unterschiedlich dar, grob umrissen passiert aber Folgendes: Eine Gruppe von antideutschen AktivistInnen, von denen einige Israelfahnen tragen, wird aus dem vorderen Block der Demo heraus attackiert, weil man dort davon ausgeht, dass sich die Antideutschen in die Demo drängen wollen. Es kommt zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in die nach kurzer Zeit die anwesende Polizei eingreift und zwei AktivistInnen festnimmt.

Die Reaktionen auf diesen Vorfall sind vielstimmig: Es geht teilweise um die Frage, ob Nationalfahnen auf linken Demonstrationen akzeptabel seien oder nicht, teilweise darum, ob Antideutsche generell etwas auf linksradikalen Demos zu suchen hätten, und teilweise um den Umstand, dass man durch interne Streitigkeiten die Sicherheit der Demonstration gefährdet und den staatlichen Repressionsorganen einen Vorwand geliefert habe, einzugreifen und Personen festzunehmen.

Die Gruppe *Kritik und Praxis Berlin*, eine der attackierten antideutschen Gruppen, weist den Vorwurf, versucht zu haben, sich in die Demospitze hineinzudrängen und durch Nationalfahnen absichtlich zu provozieren, weit von sich. Man habe lediglich versucht, am Rande mitzulaufen, um sich weiter hinten dem Aufzug anzuschließen. Die Gruppe teile die Kritik an Nationalfahnen, die immer mehr als das symbolisierten, was die TrägerInnen mit ihnen ausdrücken wollten. Wer sich als LinkeR mit National-

85 Plenum der Roten Flora: Stellungnahme der Roten Flora zur Aufhebung eines im Zusammenhang mit dem FSK-Konflikt erteilten Hausverbots. In: *Zeck* 116_2003, S. 7.

symbolen identifiziere, negiere alle in ihnen enthaltenen Widersprüche und betreibe lediglich Identitätspolitik.

»Da die getragenen Fahnen außer nationalen Konstrukten auch immer kapitalistische Staaten repräsentieren, sind sie unseres Erachtens nicht geeignet, ein emanzipatives Projekt voranzutreiben. [...] Allerdings sind wir der Meinung, daß Leute, die auf einer Antifa-Demo Israelfahnen zerreißen und versuchen diese zu verbrennen in linksradikalen Strukturen nichts, aber auch gar nichts zu suchen haben.«⁸⁶

Ein Bündnis von unterschiedlichen anderen antideutschen Gruppen kritisiert den Angriff deutlich. Dass Israelfahnen auf linken Demonstrationen in Hamburg nur als gewollte Provokation wahrgenommen würden, zeige deutlich, dass die Hamburger Szene nach wie vor ein Problem mit Antisemitismus habe. »Dass die Fahnen der Alliierten in der Tradition des Antifaschismus stehen, ist anscheinend nicht einmal mehr der Antifa bekannt.«⁸⁷ Wer die nationale Symbolik kritisiere, die durch die Fahne repräsentiert werde, müsse eigentlich auch das Palästinensertuch kritisieren, das viele TeilnehmerInnen der Demonstration aber völlig ungestört getragen hätten. Dabei stecke auch im Palästinensertuch jede Menge nationale Symbolik, an der sich aber offenbar niemand störe. »Der ›Antinationalismus‹ ist anscheinend eine sehr einseitige Angelegenheit.«⁸⁸

Auch mit Blick auf die lange Tradition des linken Internationalismus sei die Kritik an Israel kaum nachvollziehbar. Lange Zeit sei Israel der einzige Staat gewesen, der als künstliches Gebilde galt und dessen Existenz und Legitimität bestritten wurden, während alle anderen Nationalstaaten nicht infrage gestellt worden seien. Dabei komme Israel eine besonders starke Legitimation zu:

»Israel ist die einzige Konsequenz aus Auschwitz in einer Welt, die keine anderen Konsequenzen zu ziehen bereit war. [...] Israelische Fahnen auf antifaschistischen Demonstrationen, die diesen Namen verdienen, sind aus all diesen Gründen eine Selbstverständlichkeit. Sie sind dort nicht nur zu dulden, was noch immer heißt, dass sie geschützt werden müssten, sondern sie müssten dort willkommen sein!«⁸⁹

Auch das Bündnis, das die Demonstration im Vorfeld organisiert hatte, meldet sich in der *Zeck* zu Wort. Sie sehen die antideutschen AktivistInnen als Verantwortliche für die Eskalation: Wer eine breite und starke antifaschistische Demonstration organisieren wolle, müsse bereit sein, sich an Absprachen zu halten und Kompromisse zu schließen. Wer dagegen nicht bereit sei, sich an diese gemeinsam ausgehandelten Spielregeln zu halten, müsse eigene Demonstrationen organisieren. Im Vorfeld sei klar abgesprochen worden, dass Nationalfahnen im vorderen Teil der Demonstration nicht erwünscht seien, ihre TrägerInnen angesprochen und in den hinteren Teil geschickt werden sollten. Eine gewalttätige Konfrontation habe niemand gewünscht, allerdings hätten die antideutschen AktivistInnen zuerst begonnen, mit ihren Fahnen in die Demo zu schlagen.

86 Kritik und Praxis Berlin: Stellungnahme der Gruppe Kritik und Praxis Berlin zu der Auseinandersetzung zu Beginn der Antifa-Demo am 31.01.2004 in Hamburg. In: *Zeck* 119_2004, S. 14f., hier S. 14.

87 Bad Weather u.a.: Basisbanalitäten. In: *Zeck* 119_2004, S. 15f., hier S. 15.

88 Ebd.

89 Bad Weather u.a., S. 16.

Auch hätten sie eindeutig versucht, sich entgegen der Absprache zwischen die dritte und vierte Reihe zu drängen.

»Als politische TrägerInnen der Gegenaktivitäten werten wir diese geplante Aktion der sog. ›Antideutschen‹ als Angriff auf eine antifaschistische Demonstration. [...] Sie suchten genau die Situation, die dann eintrat. Offensichtlich suchten sie die Eskalation, um sich im Nachhinein als Opfer stilisieren zu können.«⁹⁰

Antisemitische Äußerungen, die von einzelnen Personen am Rande der Demo gefallen seien, hätten aber auf linken Demonstrationen nichts verloren und man distanzieren sich auf das Schärfste von ihnen.

Die Konsequenzen aus der Konfrontation sind aus Sicht der *Koordinationsgruppe* weitreichend: Man erwarte von linken Gruppen innerhalb und außerhalb Hamburgs, sich von den ProvokateurInnen zu distanzieren, um so eine weitergehende Spaltung der antifaschistischen Bewegung zu vermeiden. Für zukünftige Veranstaltungen wird ein konsequentes Vorgehen angekündigt: »Wir werden auch in Zukunft solche Provokationen und Angriffe auf unsere Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen nicht dulden und sie nach Kräften unterbinden.«⁹¹

In derselben Ausgabe der *Zeck* plädiert *Desarti* in einem weiteren Artikel dafür, den Vorfall auf einer allgemeineren Ebene zu diskutieren. Statt sich an der Frage, wer bei dem Vorfall zuerst geschlagen habe, abzuarbeiten, müsse geklärt werden, wie das Auftreten von Gruppen mit Nationalfahnen auf linken Veranstaltungen generell zu bewerten sei. »Der Konsens, keine Nationalfahnen auf der Demo mitzuführen, der in der Vorbereitungsgruppe im Vorhinein erzielt wurde, war meiner Meinung nach die richtige Entscheidung, wenn auch leider inhaltlos begründet.«⁹² Das Motiv sei gewesen, den Lagerkrieg innerhalb der Linken schlicht auszublenden, was nachvollziehbar sei, das Problem aber nicht löse.

Die Frage der Fahnen sei älter als der aktuelle Konflikt, nur seien es zu früheren Zeiten andere Fahnen gewesen, auf die zurückgegriffen worden sei: »Waren früher UdSSR-, Vietnam-, Palästina- oder Kubafahnen hoch im Kurs, gelten heute eben Israel-, USA- oder GB-Fahnen als avantgardistischer Demo-Chic.«⁹³ In allen Fällen seien die Probleme aber ähnlich: Der Bezug auf ein Nationalsymbol sei stets eine einfache Antwort auf komplexe Verhältnisse. Bestehende Widersprüche hinter den Symbolen würden einfach ignoriert.

»Der Rückgriff auf nationale Symbole als Träger linker Inhalte muß scheitern, weil die Diskursmacht hinter diesen Symbolen keine Linke ist und niemals werden kann. Auch Israel ist eben nicht nur eine Konsequenz aus Auschwitz, sondern auch ein aggressiver Nationalstaat, wie alle anderen auch.«⁹⁴

90 Antifakoordination/Hamburg: Hamburg: Fair Play?! Nachspielzeit! Stellungnahme der Antifakoordination/Hamburg zum 31.01. In: *Zeck* 119_2004, S. 17.

91 Ebd.

92 *Desarti*: Unsere kleine Farm. In: *Zeck* 119_2004, S. 18.

93 Ebd.

94 Ebd.

Eine Nationalfahne trage daher immer mehr Bedeutungen in sich, als ihre TrägerInnen in ihnen sehen wollten. Auch wenn es sich um die Fahnen der Alliierten gegen NS-Deutschland handele, seien sie eben nicht nur Symbole des Antifaschismus.

Die Fahnen dienten daher im Wesentlichen als Mittel der Abgrenzung in innerlinken Auseinandersetzungen, auch dies eine traurige Tradition in der Linken: »Unnötig festzustellen, dass diese sogenannten anderen Linken gar keine richtigen Linken sind, sondern je nach Zeit und Umfeld Reformisten, Linksabweichler, Wohlfühl linke, Linksdeutsche etc.«⁹⁵ Somit sei es sinnvoll, sich weder mit den Fans von Nationalfahnen intensiver zu beschäftigen, noch mit den linken Kleinkriegen. Die/der AutorIn rät in diesem Konflikt daher zur »sprichwörtlichen Fahnenflucht«.

Auch in der folgenden Ausgabe gehen die Auseinandersetzungen um den Vorfall weiter. Auch die AutorInnen des nächsten Beitrags, die sich *Rapidas* nennen, versuchen, sich von den Maximalforderungen der einen sowie der anderen Seite abzugrenzen.

»In der ›heavy-rotation-Wiederholungsschleife‹ laufen sich die Positionen ›Wir sind die Guten – ihr seid die Bösen‹ heiß und die ›schweigende Mehrheit‹ soll sich an diesen Polen aufreiben. [...] Ziel dieses Textes soll sowohl ein Plädoyer für ein ›Dazwischen‹ sein, als auch den Begriff ›antideutsch‹ aus der einseitigen Definition durch den Bahamas-Dunstkreis zu lösen.«⁹⁶

Die AutorInnen verstehen sich selbst nämlich als Antideutsche, wollen sich aber möglichst deutlich von der Argumentationsweise der *Bahamas*-Redaktion distanzieren. Für sie selbst sei Auschwitz der Ausgangspunkt ihres politischen Denkens, was Antisemitismus in jeder Form ausschliesse – egal ob in seiner rechten oder linken Spielart, als Aufruf zum Boykott israelischer Waren, als Solidarität mit Palästina oder als verkürzte Kapitalismuskritik. »Trotz dieses Grundverständnisses finden wir es aber falsch, mit diesem Punkt Identitätspolitik zu betreiben. [...] Das Zurückfallen in die Zeiten von Haupt- und Nebenwiderspruch ist auch heute weder produktiv noch konstruktiv.«⁹⁷

Dennoch müsse gefragt werden, warum ein paar Fahnen solche Reaktionen hervorrufen konnten. Der vielbeschworene Antinationalismus der Linken sei nur ein vorgeschobenes Argument, da jahrelang niemand an UdSSR- oder Kurdistan-Fahnen Anstoß genommen habe. Auch die Tatsache, dass die antisemitischen Äußerungen in der Erklärung des Organisationskreises nur am Rand der Demonstration verortet würden und somit die TeilnehmerInnen einfach aus dem Schneider seien, sei besorgniserregend u.a. weil es immer wieder zu antisemitischen Sprechchören gekommen sei. Dies alles zeige, dass ein plattes »gegen Nazis« für einen tragfähigen Minimalkonsens einer Demonstration nicht ausreiche.

Bei der Frage von Fahnen auf linken Demonstrationen müsse zwischen der Israelfahne und anderen Fahnen differenziert werden: Prinzipiell seien die Fahnen der Alliierten zu sehr mit anderen Bedeutungen als nur mit Antifaschismus aufgeladen, weshalb sie für linke Kontexte ungeeignet seien. Lediglich ihr Zeigen am Rande von Nazi-

95 Desarti, S. 18.

96 *Rapidas* aka Pluralismusschleudern: Fahnen auf Halbmast. Noch 'ne Stellungnahme zum 31. Januar. In: *Zeck* 120_2004, S. 12f., hier S. 12.

97 *Rapidas* aka Pluralismusschleudern, S. 13.

Demonstrationen sei akzeptabel, weil so die Niederlage Deutschlands den Rechten immer wieder vor Augen geführt werde. Anders verhalte es sich mit der Israelfahne:

»Prinzipiell ist sie als letzte Konsequenz überall mit hinzunehmen. Allerdings bereitet es uns schon ein mulmiges Gefühl, ganz selbstbefreit zur Fahne zu greifen und sie zu schwenken. Als NachfahrInnen deutscher TäterInnen scheinen wir doch am wenigsten geeignet, uns diese Symbolik anzueignen und Identitätspolitik zu betreiben. Wir denken, dass es möglich sein muss, Solidarität mit Israel zu üben, ohne im Fahnen-schwenken der Weisheit letzten Sinn zu sehen.«⁹⁸

Insgesamt überwiege dennoch in vielen Kontexten die Bedeutung der Fahne als Symbol des Überlebens, weshalb Israelfahnen auf Demonstrationen zu akzeptieren seien. Die AutorInnen kritisieren die Tendenz mancher antideutschen Gruppen, Antisemitismus als neuen Hauptwiderspruch zu sehen und dabei hinter Mindeststandards linker emanzipatorischer Politik zurückzufallen, beispielsweise, wenn sie AraberInnen und Muslime/Muslimas pauschalisierend als AntisemitInnen bezeichneten.

Am Ende des Textes wird ein etwas ambivalentes Fazit gezogen. Einerseits wird nochmals gefordert, das Schubladendenken zu überwinden und eine konstruktive Streitkultur zu etablieren, um auszuhandeln, wie Minimalkonsense heutzutage aussehen könnten. Andererseits plädieren die AutorInnen ausführlich für eine Begrenzung von Kompromissfähigkeit:

»Klar müssen Grenzen gezogen, bestimmte Positionen ausgeschlossen und Bündnisse genau unter diesen Gesichtspunkten angegangen oder aufgelöst werden. Dabei finden wir es wichtig, genau zu gucken, welche Inhalte die Nazis haben, welche diesbezüglichen Diskurse es in der Gesellschaft gibt und welche Bündnisse aus linksradikaler Perspektive daher nicht mehr eingegangen werden können: Dazu gehören für uns die SPD (sowieso), die Grünen (Kriegstreiber...) aber auch die Palästinasolidarität und ihr völkisches Umfeld. Ein irgendwie gegen Nazis sein reicht halt nicht mehr aus, wenn von genau diesen Leuten Symbole des Staates Israel angegriffen und antisemitische Positionen vertreten werde.«⁹⁹

8.2 Auf der Suche nach geteilten Werten: Versuche der Etablierung eines Konsenses

Wenig später wird in der *Zeck* in zwei Beiträgen versucht, einen Minimalkonsens zu etablieren, der die Haltung zu Antisemitismus und die Regeln für innerlinke Konflikte regeln soll. Den Anfang macht das *Plenum der Roten Flora* mit ihrem Diskussionspapier: »The Good and the Evil«. In derselben Ausgabe erscheint außerdem die »Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus in der Linken« (HEGA), die von einer ganzen Reihe linker Gruppen unterzeichnet worden ist. Beide Papiere sind der explizite Versuch, den Streitigkeiten und Diskussionen um diese Themen einen verbindlichen Konsens entgegenzustellen. Sie können daher auch als Bemühen interpretiert werden, in einer

98 Rapidas aka Pluralismusschleudern, S. 13.

99 Ebd.

laufenden Aushandlung von kollektiver Identität ein bestimmtes Wissen zu institutionalisieren. Im Folgenden werden sie daher genauer betrachtet.

Das Diskussionspapier des *Flora-Plenums* wird explizit als vorläufiger Stand und Auftakt einer weiteren Auseinandersetzung angekündigt. Es konstatiert einen nach wie vor mangelhaften Umgang der linken Szene mit dem eigenen Antisemitismus und führt diesen Mangel auf drei Aspekte zurück, die für »linken« Antisemitismus zentral seien: Zunächst sei Antisemitismus vor allem ein kultureller Code, mit dessen Hilfe stereotype Zuschreibungen über angebliche besondere Eigenschaften und Charakterzüge von Jüdinnen und Juden in das christlich-abendländische Denken eingeschrieben worden seien. Dabei seien die konkreten Zuschreibungen äußerst wandelbar, umfassten beispielsweise sowohl das Stereotyp des kommunistischen Intellektuellen als auch das des habgierigen Kapitalisten. Wichtig sei, dass der antisemitische kulturelle Code als Alltagswissen in die Sozialisation aller in Deutschland aufgewachsenen Menschen einfließe. Der zweite Aspekt sei Antisemitismus als verkürzte Kapitalismuskritik, bei der bestimmte Facetten des kapitalistischen Systems nicht kritisiert, andere hingegen in personalisierter und moralisch aufgeladener Art und Weise thematisiert würden. Auf diese Weise entstünden Muster wie eine Unterteilung in »schaffendes und raffendes« Kapital oder die Vorstellung einer kleinen, raffgierigen Gruppe von verschwörerischen Spekulanten, die die Weltgeschichte lenken würden. Der dritte Aspekt sei das Motiv der Schuldabwehr: Insbesondere bei dem Vorwurf, aus Israel sei ein faschistischer Staat geworden, gehe es in Wahrheit um eine Projektion der eigenen Schuld auf die Opfer des deutschen Faschismus. Zusätzlich werde die historische Verpflichtung, Konsequenzen aus Auschwitz zu ziehen und dafür zu sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholen könne, mittlerweile als ungeahnter positiver Standortfaktor genutzt, beispielsweise, wenn die deutsche Regierung so ihre Beteiligung an militärischen Einsätzen legitimiere und Deutschland auf diese Weise wieder zum geopolitischen Schwergewicht werde.

Auch in der deutschen Linken spiele das Motiv einer Schuldabwehr eine wichtige Rolle, allerdings auf beiden Seiten des innerlinken Konflikts: Denn sowohl die Identifikation mit den »Opfern der Opfer« durch AntiimperialistInnen als auch der Versuch vieler Antideutscher, für die Opfer der Shoah zu sprechen bzw. sich mit ihnen zu identifizieren (z.B. wenn sie sich selbst als Opfer von Antisemitismus inszenierten), diene insbesondere dazu, eigene Schuld abzuwehren. Insgesamt sei die Auseinandersetzung mit dem Konflikt aber nach wie vor defizitär:

»Während sich in den letzten 20 Jahren in Bezug auf Rassismus und Sexismus innerhalb der Linken zumindest auf theoretischer Ebene die Position durchgesetzt hat, dass Linke nicht per Definition außerhalb der Gesellschaft stehen und deshalb gar nicht rassistisch oder sexistisch sein können, scheint diese Einsicht von vielen nicht auf Antisemitismus übertragen zu werden.«¹⁰⁰

Dabei habe insbesondere die Linke über die verkürzte Kapitalismuskritik eine besondere Anfälligkeit für antisemitische Stereotype.

100 Plenum der Roten Flora: The Good and the Evil. Diskussionspapier der Roten Flora zu Antisemitismus. In: *Zeck* 122_2004, S. 6-10, hier S. 8.

Teilweise werde Antisemitismus schlicht als besondere Form des Rassismus behandelt, sodass die ohnehin geleistete antirassistische Arbeit in der Linken auch für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als ausreichend verstanden werde. Dabei gebe es entscheidende Unterschiede, die Antisemitismus zu einem besonderen Problem machten: Die Ablehnung des Judentums speise sich aus Vorstellungen einer geheimen Verschwörung, sei von Ohnmachtsfantasien geprägt und unterstelle den Jüdinnen und Juden, unsichtbar aus der Mitte einer Gemeinschaft heraus destruktiv zu wirken.

»Ein wesentliches Moment der antisemitischen Weltsicht besteht also darin, dass das Judentum immer als faktisch überlegen dargestellt wird. [...] Antisemitismus zielt dementsprechend im Kern nicht wie Rassismus auf die Unterwerfung einer bestimmten Gruppe ab, sondern auf die Befreiung von einer wahnhaft halluzinierten Herrschaft.«¹⁰¹

Dies führe zu einer Maßlosigkeit des Antisemitismus, der sein Ziel in der Realität niemals erreichen könne und daher stets einen Vernichtungswillen in sich trage.

Auch das Verhältnis der deutschen Linken zu Israel sei ein entscheidender Faktor bei der Erklärung des linken Antisemitismus. Das Plenum der Flora betont, generell an einer weitreichenden Kritik an Nationalstaaten festhalten, aber gleichzeitig die besondere Bedeutung des Staates Israel berücksichtigen zu wollen.

»Solange Antisemitismus ein weltweites Phänomen ist und damit eine der zentralen Bedingungen, die die Shoah möglich gemacht haben, weiterhin wirksam ist, kann die Existenz des Staates Israel nicht infrage gestellt werden und so lange gebührt Israel in dieser Funktion eine Solidarität, die keinem anderen Staat gebührt. [...] Für uns ergibt sich daraus, dass jeder Infragestellung des Existenzrechts Israels – selbstverständlich auch innerhalb der eigenen Szene – entschieden entgegengetreten werden muss. Das bedeutet nicht umgekehrt die vollkommen unkritische und bedingungslose Unterstützung der israelischen Staatspolitik und des israelischen Militärs.«¹⁰²

Dieses Grunddilemma – Nationalstaaten generell abzulehnen, im Fall Israel aber die nationalstaatliche Form zu verteidigen – finde sich auch im Streit um die Fahnen auf linken Demonstrationen wieder. Das Plenum spricht sich in dieser Frage für einen Mittelweg aus: Bei Veranstaltungen, bei denen die Bedeutung israelischer Fahnen als Symbol für einen Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden eindeutig im Vordergrund stehe, sei das Tragen dieser Fahnen akzeptabel. Dennoch werde das Plenum selbst keine Fahnen tragen, weil selbst in diesen Fällen die Fahne zusätzliche Bedeutungen beinhalte, mit denen man sich nicht solidarisieren möchte.

Leider sei der Konflikt um Fahnen auf linken Demos mittlerweile durch eine zusätzliche Ebene noch komplizierter geworden: Während einige Teile der Linken sich per se durch Israelfahnen provoziert fühlten, instrumentalisieren ein anderer Teil die Fahnen für ebendiese inhaltsleere Provokation. Die Fahne werde zu einem Symbol im Kontext einer Szene-Auseinandersetzung, die somit auf dem Rücken der israelischen Fahne ausgetragen werde, was ihr als Symbol des jüdischen Überlebens in keinem Fall

101 Plenum der Roten Flora: The Good and the Evil, S. 8.

102 Plenum der Roten Flora: The Good and the Evil, S. 9.

gerecht werde. Bei aller Kritik sei ein tätlicher Angriff auf die israelische Fahne strikt abzulehnen, »denn ein Angriff auf die Fahne Israels ist eben nicht nur ein Angriff auf ein nationalstaatliches Symbol, sondern immer auch ein Angriff auf ein Symbol für die Konsequenz aus der Shoah.«¹⁰³

Abschließend plädieren die AutorInnen für eine ernsthafte Auseinandersetzung über dieses Thema innerhalb der Linken, die sich jenseits identitätsstiftender Oberflächlichkeit bewegen müsse. Das Plenum grenzt sich von beiden Strömungen ab, appelliert aber dennoch an die Geschlossenheit der Szene:

»Die aktuelle Tendenz in Teilen der Linken, in Konflikten über Antisemitismus sowie Israel/Palästina die jeweils andere Seite nicht mehr als Linke zu betrachten (oder Linkssein per se als antisemitisch zu betrachten und sich selbst nicht mehr dazuzuzählen) dient meistens vor allem dazu, eine ernsthafte Auseinandersetzung zu umgehen. Nicht selten dient sie auch der Legitimation für das Übertreten von Mindeststandards für eine innerlinke Auseinandersetzung (wie z.B. dass solche Auseinandersetzungen nicht mit körperlicher Gewalt geführt werden).«¹⁰⁴

Kollektive Bestrafungen wie Hausverbote etc. aufgrund der Teilnahme an bestimmten Demonstrationen oder bestimmten Gruppenzugehörigkeiten werden strikt abgelehnt. Das Ziel müsse Selbstreflektion sein, um ein gemeinsames Verständnis von Antisemitismus und einen sinnvollen Umgang damit zu finden. »Die alte ›Mensch oder Schwein‹-Mentalität, die in der aktuellen Auseinandersetzung wieder neu aufgelegt wird, ist selbst Zeichen einer äußerst oberflächlichen Auseinandersetzung mit der Logik des antisemitischen Denkens.«¹⁰⁵

Ein breites Bündnis Hamburger Gruppen versucht mit der »Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus in der Linken« ebenfalls, einen gemeinsamen Konsens festzulegen. Explizit schreiben die AutorInnen:

»Wir fordern alle radikalen Linken auf, sich diesem Minimalkonsens anzuschließen und gemeinsam mit uns zu versuchen, mehr Raum für radikale Gesellschaftskritik in Theorie und Praxis zu gewinnen und dort, wo dieser Konsens unterschritten wird, den Antisemitismus entschieden zurückzuweisen.«¹⁰⁶

In der Erklärung werden mehrere Aspekte des linken Antisemitismus diskutiert: Als zentrales Element wird abermals die verkürzte Kapitalismuskritik, also die personalisierte Kritik von Verhältnissen, benannt. Hinzu kämen Verschwörungstheorien, die sich in Teilen der Linken seit jeher großer Beliebtheit erfreuten. Die Gleichsetzung von Antisemitismus und Rassismus habe lange zu einer Vernachlässigung des Themas und zu einer Ignoranz seiner Besonderheiten geführt. Dabei erforderten insbesondere die Ohnmachtsfantasien und die Maßlosigkeit antisemitischer Einstellungen einen spezifischen Umgang, der über die normale antirassistische Praxis hinausgehen müsse. Die

103 Plenum der Roten Flora: *The Good and the Evil*, S. 9.

104 Plenum der Roten Flora: *The Good and the Evil*, S. 10.

105 Ebd.

106 Loge; McGuffin Foundation; Nomadisierende Ex Demonteuere; Rapidas; Radio Loretta Hamburg; Anti Defamation Forum; BAZ 110: *Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus in der Linken*. In: *Zeck 122_2004*, S. 15-17, hier S. 15.

Projektionsfläche für modernen Antisemitismus seien nicht länger »die Juden«, sondern der Staat Israel. Der weit verbreitete Antizionismus in der Linken habe lange legitimiert, Israel sein Existenzrecht abzusprechen. Auch die Faschismusvorwürfe gegen israelische Politik seien lange Zeit salonfähig gewesen, obwohl sie in letzter Konsequenz geschichtsrevisionsistische Verdrehungen seien: »Sie dienen nur dazu, die Opfer der Nazis zu Tätern zu machen: ein typisches Merkmal des sekundären Antisemitismus.«¹⁰⁷

Den AutorInnen sei zwar klar, dass nur eine kleine Minderheit innerhalb der Linken eine offen antisemitische Haltung vertrete – das Problem sei aber, dass die Mehrheit aus Angst vor Spaltungen oder aus schlichter Ignoranz den Ausfällen dieser Minderheit kaum etwas entgegensetze. Teilweise habe dies auch mit tiefer sitzenden Tabuisierungen zu tun:

»Wer beispielsweise befürchtet, dass antikapitalistische Politik dadurch behindert oder gar unmöglich gemacht würde, dass ›Spekulanten nicht mehr kritisiert werden dürfen‹, gibt zu erkennen, dass auch das eigene Verständnis der Gesellschaft ohne solche verkürzte Kapitalismuskritik nicht auskommt.«¹⁰⁸

Kritik an antisemitischen Tendenzen rüttele an dieser Tabuisierung und werde daher stets als Angriff interpretiert, was eine wirkliche Auseinandersetzung unmöglich mache.

Die Hamburger Erklärung listet abschließend eine Chronik des Konflikts um Antisemitismus auf, dessen Anfänge ins Jahr 1999 datiert werden. Seit 2002 habe er sich immer weiter zugespitzt und sei nicht mehr bloß verbal ausgetragen worden, sondern zunehmend auf einer gewalttätigen Ebene. Diese Eskalation sei stets von einem weitgehenden Desinteresse der Szene begleitet worden, sodass die SchlägerInnen selten mit Konsequenzen für ihr Vorgehen hätten rechnen müssen. Die AutorInnen fordern daher ein deutliches Umdenken innerhalb der Linken und ein klares Bekenntnis, diese Übergriffe nicht mehr länger zu akzeptieren.

Doch auch die antiimperialistische Seite des Konflikts kommt in der *Zeck* zu Wort. In einem Artikel der *Gruppe Kritik und Diskussion* wird die antideutsche Szene scharf attackiert. Anlass für die Kritik ist eine Demonstration im Hamburger Schanzenviertel, die von der Redaktion der Zeitschrift *Bahamas* organisiert wurde und sich gegen linken Antisemitismus richtete. Letztlich konnte die Demonstration nur mit Polizeischutz durch das Viertel ziehen, was bei vielen BeobachterInnen für Unverständnis sorgte: »Ein Szenario wie bei einer Nazi-Demo, nur dass hier Linke, die für Israel demonstrierten, von anderen Linken angegriffen wurden.«¹⁰⁹

Die *Gruppe Kritik und Diskussion* bestreitet hingegen generell, dass es sich hierbei um eine im entferntesten Sinne ›linke‹ Demonstration gehandelt habe: Antideutsche würden selbst bereits seit Langem keinen Zweifel mehr daran lassen, dass sie sich nicht mehr als Linke betrachteten; ihre Kritik an Antisemitismus sei nichts anderes als ein Freifahrtschein, um alles und jeden, den sie für links hielten, zu denunzieren. Ihre

107 Loge et.al., S. 16.

108 Ebd.

109 Kirsche, Gaston (2004): Strafexpeditionchen. In: *enough is enough* (21), S. 38-41, hier S. 39.

Kritik an den PalästinenserInnen habe schon längst die Grenze zum Rassismus überschritten; sie seien eurozentrische KriegshetzerInnen und würden Nazis nur noch dann kritisieren, wenn es sich um »linke Nazis« handle.

Zwar gebe es Differenzierungen innerhalb der antideutschen Szene, allerdings seien die Übergänge fließend, »ohne eine klare Abgrenzung der soften Fraktion von den Hardcore-Rassisten.«¹¹⁰ Kritik innerhalb der antideutschen Szene richte sich höchstens gegen bestimmte provokative Stilmittel in der *Bahamas*, niemals gegen den Inhalt an sich. Man rümpfe zum Teil die Nase über allzu platte Provokationen der Zeitschrift, aber dies habe zum Teil auch andere Gründe: »Andererseits möchten speziell Ex-Linke aus der Szene gerne wie gewohnt linke Medien, Räumlichkeiten, Fördermitglieder, Vertriebswege etc. nutzen. Die wären ihnen allerdings versperrt, wenn alle mit dem Rassisten-Blatt *Bahamas* in der Hand rumlaufen.«¹¹¹ Aus diesen Gründen werden in dem *Zeck*-Beitrag die massiven Angriffe auf die Demonstration begrüßt, es sei ein Erfolg, wenn RassistInnen nur unter Polizeischutz auflaufen könnten. Eine Diskussion mit Antideutschen wird folglich kategorisch ausgeschlossen:

»Mit ›Anti‹-Deutschen Denunzianten, auch mit den ›Moderaten‹, brauchen wir darüber keine Debatte. [...] Aus [linken Strukturen] sollten sie unserer Meinung nach konsequent ausgeschlossen werden – schon, weil der Kampf gegen alles, was sie für links halten, ihr wichtigstes Ziel ist.«¹¹²

Insbesondere die beiden Positionspapiere in der *Zeck*, aber auch die Ausführungen der *Gruppe Kritik und Diskussion* veranlassen zahlreiche weitere Beiträge. Die *Redaktion der Interim* kritisiert insbesondere die Vagheit, die an vielen Stellen des *Flora*-Papiers zu bemerken sei – nämlich überall dort, wo statt bloßer Kritik eine eigene Haltung entwickelt werden müsste. So sei es beispielsweise leicht, Kritik an verkürzter Kapitalismuskritik zu äußern – ohne dann auszuführen, was das für die Praxis einer radikalen Linken konkret bedeute. »Wir würden uns zu diesen Fragen endlich mal mehr wünschen, als immer wieder und wieder zu hören, wie verkürzt verkürzte Kapitalismuskritik ist...«¹¹³ In der Ablehnung von Kritik am Finanzkapital sei das *Plenum der Flora* sogar ziemlich geschichtsvergessen, weil langjährige Erfahrungen und Diskussionen der Linken einfach ausgeblendet würden. So habe es zahlreiche schlaue und tieferegehende Diskussionen um Aktionen gegen Banken, Konzerne etc. gegeben, die sich u.a. an der Frage abgearbeitet hätten, ob es sinnvoll sei, einzelne Personen, Firmen oder Akteure zu kritisieren, die dann pars pro toto für eine generelle Kritik an kapitalistischen Verhältnissen herhalten müssten.

»Die aktuelle antideutsche Rhetorik hat unserer Ansicht nach auf diesem Feld mit dazu geführt, dass diese Fragen mehr und mehr nur noch mit der Antisemitismusbrille gesehen werden und frühere wichtige Debatten damit verdrängt und negiert werden,

110 Kim Holland, Gruppe Kritik und Diskussion Hamburg: Griff ins Klo. Neue Entwicklungen der »anti«-deutschen Szene. In: *Zeck* 122_2004, S. 18f., hier S. 18.

111 Kim Holland, Gruppe Kritik und Diskussion Hamburg, S. 19.

112 Ebd.

113 Die Interim Redaktion der Nummer 601: Antwort an die Flora von der Interim Redaktion. In: *Zeck* 123_2004, S. 21f., hier S. 21.

oder noch schlimmer, man überhaupt nichts mehr macht, weil man ja so vieles falsch machen könnte!«¹¹⁴

Eine weitere Schwäche des Diskussionspapiers sei die Unklarheit, wer genau wann angesprochen werde. So sei häufig unklar, ob sich eine bestimmte Kritik an bestimmte antideutsche Gruppen, an die gesamte antideutsche Szene oder generell die radikale Linke richte, was eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Impuls unnötig erschwere. Der Text der Flora mache es sich hier zu einfach, sei auch zu vorsichtig, um es sich mit niemandem zu verderben, und wirke daher in der Konsequenz seltsam abstrakt und akteurslos. Natürlich könne es sinnvoll sein, frühere Inhalte, Ansätze und Grundsätze auch weiterhin zu diskutieren und zu hinterfragen.

»Aber wenn euer Text da am längsten ist, wo es um theoretisch-historische und abstrakte Herleitungen geht, die schon vielfach an dieser und anderer Stelle geschrieben und diskutiert wurden und es bei den Konsequenzen und konkreten Praxen dann so mau aussieht, ist zumindest unser Interesse an der Debatte schnell erlahmt.«¹¹⁵

Deutlich widersprechen will die *Interim-Redaktion* auch in der Frage, ob man weiterhin mit allen Antideutschen über diese Fragen diskutieren müsse oder nicht:

»Wir wollen tatsächlich nicht mehr mit solchen diskutieren, die sich selbst nicht mehr als Linke bezeichnen und halten da Eure Unterstellung, man wolle damit eine ›ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung umgehen‹ für Blödsinn! Viele derjenigen, die sich selber allzu gerne noch hier und da als Linke bezeichnen, wie manche Grüne o.ä. schließen wir ganz klar aus unseren Zusammenhängen aus – aber diejenigen, die sich selbst ganz klar außerhalb der Linken stellen und die Linke als Teil des Problems sehen, die sollen wir als Teil in unseren Zusammenhängen begreifen? Nein danke!«¹¹⁶

Auch die *Gruppe Loge*, eine der UnterzeichnerInnen der »Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus in der Linken«, äußert sich ausführlich zum Diskussionspapier der Flora. Sie widerspricht aber der These, dass insbesondere das Lagerdenken der Kern des Problems sei, und zeigt damit auch, wie wenig sich eine antideutsche Gruppe durch das Diskussionspapier von ihren Überzeugungen abbringen lässt: »Das politische Problem ist nicht das Lagerdenken, das Problem ist nicht, dass sich zwei Lager jeweils als Gut und die anderen als Böse projizieren. Das Problem ist, dass es Leute gibt, die weiterhin mit antisemitischen Stereotypen im antizionistischen Gewand hantieren.«¹¹⁷ Das Papier der Flora produziere eine problematische symmetrische Konfliktstruktur, nach der man sich am besten sowohl zur einen als auch zur anderen Seite abgrenzen solle, und verwische damit alle qualitativen Unterschiede, die in der politischen Praxis entscheidend seien. »Das Papier hinterließ bei einigen von uns den Eindruck, dass hier versucht wird, sich jenseits eines Konflikts zu positionieren, von dem es aber kein ›jenseits‹ gibt, sondern allenfalls ein ›dazwischen‹, ein ›mittendrin‹.«¹¹⁸

114 Die Interim Redaktion der Nummer 601, S. 22.

115 Ebd.

116 Ebd.

117 Loge: In Between. In: *Zeck* 123_2004, S. 23-25, hier S. 23.

118 Loge, S. 24.

Zwar habe es immer Stimmen in der Linken gegeben, die sich mit Antisemitismus in den eigenen Reihen beschäftigten, diese seien allerdings selten wahrgenommen worden. Das liege an einem gewichtigen Unterschied zu anderen marginalisierten Gruppen, die einen differenzierteren Umgang mit den eigenen Anliegen eingefordert hätten: Frauen und MigrantInnen, die Sexismus und Rassismus kritisierten, hätten sich selbst Gehör in der Linken verschafft, sie hätten als unmittelbar Betroffene agiert und sich auf diese Weise selbst emanzipiert. Anders verhalte es sich aber bei den deutschen Jüdinnen und Juden, die von einem Versuch der totalen Vernichtung betroffen waren und deren Stimmen in Deutschland folglich beinahe vollständig zum Verstummen gebracht worden seien. »Erst diese Lücke produziert auch genau jene ›Stellvertreterposition‹, die der ›Antideutschen Linken‹ oft unterstellt wird; und nur aufgrund dieser Leerstelle in der Neuen Linken war es jahrelang möglich, die Debatte um den Antisemitismus zu verweigern.«¹¹⁹

Die Flora mache mit ihrem Papier den Fehler, dass sie mit ihm einen vermeintlichen »Nullpunkt« der Debatte setze und wenig Konkretes zum bisherigen Verlauf des Konfliktes beitrage.

»Der Flora ist nicht vorzuwerfen, dass sie einen langen Diskussionsprozess durchlaufen hat, aber dass sich jetzt mit diesem Ergebnis nicht konkret zur Vergangenheit geäußert wird, halten wir für einen Fehler. Denn die Versäumnisse der Szene während des FSK-Konfliktes haben maßgeblich zur Eskalation der Situation beigetragen. Sie waren ein Signal für linke Antisemiten, nur weiter penetrant, ignorant und gewalttätig zu sein, um Erfolg zu haben.«¹²⁰

Der Text erwähne diese zurückliegenden Konflikte aber nicht und nenne folglich auch keine konkreten Orte und TrägerInnen der antisemitischen Ressentiments.

Ähnlich schief liege das Papier auch in Bezug auf antideutsche Gruppen. Man distanzieren sich von Gruppen, die sich rassistisch oder sexistisch geäußert hätten, aber auch hier werde niemand konkret benannt.

»Ist jetzt nur die Bahamas gemeint, oder kann, wer will, Jungle World, Konkret oder das FSK auch unter diese Darstellung subsumieren – was absolut falsch wäre, aber passiert, wenn man so diffus formuliert. Das derzeit so populäre ›Antideutschen-Dissing‹ birgt die fatale Tendenz, KritikerInnen, die sich beim besten Willen nicht mit der Bahamas in einen Topf werfen lassen, gleich mit zu entsorgen.«¹²¹

Ursache sei die in der linken Szene omnipräsente Furcht vor einer unabsichtlichen Zusammenarbeit mit Repressionsorganen, die dafür Sorge, dass beteiligte Gruppen niemals benannt würden – auf diese Weise aber auch jegliche Selbstreflexion konsequent unterbinde. Der Mangel an konkreten Bezügen und realen politischen Konsequenzen sei folglich die große Schwäche des Papiers, das auf diese Weise in erster Linie eine Abhandlung über Antisemitismus geworden sei. Solange sich dieses Wissen aber nicht in der konkreten politischen Praxis niederschläge, sei das Papier daher leider sinnlos.

119 Loge, S. 24.

120 Loge, S. 25.

121 Ebd.

Der Beitrag der *Loge* wird schon in der nächsten Ausgabe der *Zeck* von *Horst Hrubesch* für seine Selbstgerechtigkeit, nach der man selbst das »wahre Problem« erkannt habe und alle anderen nur an der Oberfläche herumkratzen würden, kritisiert.

»In den Augen der *Loge* gibt es in der Auseinandersetzung um Antisemitismus kein Geflecht verschiedener, sich überlagernder Probleme, nicht einmal eine kleine Anzahl nebeneinanderstehender Probleme, sondern nur: ›Das Problem‹. In dieser Perspektive werden praktischerweise die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung auf genau eine reduziert. [...] Wer ›das Problem‹ erkannt hat, für den können Ausdrücke wie ›vielleicht‹ und ›möglicherweise‹ nur als Ungenauigkeit gelesen werden und nicht möglicherweise auch als Versuch, der Vielschichtigkeit der Problematik gerecht zu werden.«¹²²

Mit ihrer Kritik, dass das *Flora*-Papier oft bei Andeutungen stehenbleibe und zu häufig versäume, die historischen und politischen Kontexte der eigenen Ausführungen zu benennen, habe die *Loge* zwar prinzipiell recht. Sie folgere daraus allerdings lediglich, dass »Orte und Träger des Ressentiments« konkret genannt werden müssten, und verwechsle somit leider die Konkretisierung von Positionen mit Personalisierung. Wenn die *Flora* also versuche, inhaltliche Kriterien aufzustellen, die darüber entscheiden sollten, mit wem man zusammenarbeiten wolle und mit wem nicht, frage sich die *Loge* offensichtlich nur, wer damit nun konkret gemeint sein könnte.

»Die Frage, die sich die *Loge* stellt, ist weniger: Ist das so formulierte Kriterium inhaltlich und politisch richtig? Sondern eher: Wer ist konkret ›gemeint‹? Wer lässt sich darunter subsumieren? Die Frage der Identitäten – wer arbeitet mit wem zusammen und wer grenzt sich von wem ab – scheint für die *Loge* wichtiger zu sein als die Frage der Inhalte.«¹²³

Man könne von Linken durchaus erwarten, selbst nachzudenken und zu entscheiden, wer mit bestimmten Formulierungen gemeint ist und wer nicht.

Auch die Schlussfolgerung der *Loge*, dass der Text der *Flora* – solange er nicht in die Praxis übertragen werde – sinnlos sei, wird zurückgewiesen. Schon die Veröffentlichung des Papiers und der explizite Wunsch, damit in eine Debatte einzusteigen, sei eine Form von Praxis, nämlich eine diskursive Praxis. Der Autor wünscht sich, dass genau diese Debatte in Zukunft auch weiterhin mit der *Loge* geführt werden könne, um zumindest einen Konsens zu erzielen, in welcher Form die Auseinandersetzung ablaufen könne. Sonst drohe die große Gefahr, dass sich immer mehr Linke aufgrund der Form des Konflikts von dem Thema abwendeten und das Thema Antisemitismus noch stärker tabuisiert werden könnte als ohnehin bereits.

Die *Gruppe Arachne* setzt sich wiederum kritisch mit der »Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus in der Linken« auseinander. Der Versuch der Erklärung, einen gemeinsamen Konsens zu formulieren, wird explizit zurückgewiesen: »Innerhalb unserer Diskussion zeigte sich schnell, dass es einen Konsens bezüglich des in der Erklä-

122 Hrubesch, Horst: Für ein sorgfältiges Lesen. Zwei Anmerkungen zum Text »In Between«. In: *Zeck* 124_2005, S. 12-15, hier S. 13.

123 Hrubesch, S. 14.

rung entworfenen Argumentationsstranges nicht gibt.«¹²⁴ Daher habe sich die Gruppe entschlossen, das Papier nicht zu unterzeichnen, obwohl man die Diskussion über Antisemitismus sowie eine entschiedene Positionierung gegen antisemitische Tendenzen in der Linken für extrem wichtig erachte. Die Beschäftigung mit Antisemitismus innerhalb der Linken sei besonders defizitär, weil es sich gewissermaßen um ein wechselseitiges Ignorieren des Problems handele:

»Die einen behaupten weiterhin, bestimmte von ihnen getätigte Aussagen und eingenommene Positionen seien gar nicht antisemitisch, die anderen scheuen die Auseinandersetzung mit diesen Positionen, weil sie den politischen Bruch, der ja quer durch alle Zusammenhänge und Strukturen verlaufen kann und verläuft, vermeiden wollen.«¹²⁵

Es sei zwar völlig richtig, eine klare Abgrenzung zu Antisemitismus einzufordern – entscheidend sei dabei dann aber, überhaupt erstmal zu klären, was genau als Antisemitismus zu gelten habe. Das Ziel müsse daher in erster Linie sein, einen möglichst breit getragenen Konsens über die Frage zu erzielen, was unter Antisemitismus zu verstehen sei.

Die Chronik antisemitischer Vorfälle in Hamburg wird als zu einseitig kritisiert: Andere Lesarten der Konflikte würden nicht in Betracht gezogen, alles werde einseitig auf das Thema Antisemitismus zurückgeführt. So könnten die Auseinandersetzung bei der Demonstration im Januar 2004 auch als Ausdruck einer Rivalität gelesen werden, welche Gruppen in den ersten Reihen gehen durften und welche nicht. Auch die Tatsache, dass zum Teil USA-Fahnen mitgeführt und insbesondere diese Fahnen attackiert worden seien, werde in der Erklärung einfach ausgeblendet bzw. unter das Thema Antisemitismus subsumiert. Auch sei die von der *Bahamas* organisierte Demonstration nicht bloß wegen unterschiedlicher Auffassungen zum Thema Israel kritisiert bzw. attackiert worden, sondern auch aufgrund der polemischen Kritik der Zeitschrift an »der autonomen Szene, ihrer verblendeten Weltsicht, dem schlechten Vokü-Essen und den bedenklichen Musikdarbietungen in der Flora.«¹²⁶ Die Auseinandersetzungen seien insofern auch Ausdruck eines innerlinken Zerwürfnisses, das schon lange mehr Themen umfasse als nur die Nahostfrage. Die AutorInnen plädieren daher für eine genauere Betrachtung der Konflikte, weil eine solch differenziertere Herangehensweise eine wichtige Unterscheidung ermögliche: nämlich zwischen jenen, die ein Problem mit der Art und Weise der Auseinandersetzung hätten und diese mieden, und jenen, die eigentlich im Zentrum des Problems stünden. Wenn nicht ständig behauptet würde, dass die gesamte Linke ein Problem mit Antisemitismus habe, müsste auch kein Bruch mit der kompletten Linken gefordert werden.

Eine weitere Schwäche der Erklärung sei die fehlende Differenzierung von Antisemitismus und Antizionismus. Beides werde schlicht gleichgesetzt, sodass eine bestimmte Haltung zu Israel zum einzigen Indikator für die richtige Position gegenüber Antisemitismus werde. Die Geschichte des linken Umgangs mit Israel werde einfach

124 Gruppe arachne: HEGA die Schreckliche? In: *Zeck* 124_2005, S. 10-12, hier S. 10.

125 Ebd.

126 Gruppe arachne, S. 11.

ausgeblendet, anstatt sie zur Grundlage für eine weitergehende Selbstreflektion zu machen. Dieser Vorwurf wird allerdings sogleich wieder eingeschränkt: Es gebe durchaus Versuche der Linken, einen selbstkritischen Umgang mit dem eigenen Antisemitismus zu finden. Diese Ansätze würden aber von der Erklärung absichtlich ignoriert werden, um ein möglichst kohärentes Feindbild zu konstruieren. Die Dringlichkeit des eigenen Vorstoßes werde schlicht aus der Behauptung abgeleitet, dass sich innerhalb der Linken in den letzten Jahrzehnten gar nichts getan hätte.

Zwar benenne die Erklärung zwei unterschiedliche Formen von Tabuisierung korrekt –allerdings ohne daraus Konsequenzen im Umgang damit zu ziehen. Einerseits gebe es eine unbewusste Verdrängung des Themas; der eigene Antisemitismus sei der Selbstreflektion entzogen und dementsprechend könne keine selbstkritische Auseinandersetzung stattfinden. Andererseits finde auch eine bewusste Verdrängung statt, also ein Muster, mit dem antisemitische AkteurInnen ihre eigenen Handlungen als nicht-antisemitisch verschleierten. Aus Sicht der *Gruppe Arachne* müssten die beiden Formen aber eigentlich zwei verschiedene Formen des Umgangs nach sich ziehen: im ersten Fall eine Bewusstmachung der Tabuisierung, im zweiten Fall einen deutlichen politischen Bruch mit jenen, die antisemitisch handelten. Diese fehlende Differenzierung führe abermals dazu, dass jede verkürzte Wahrnehmung der Welt unter den Verdacht bewussten Antisemitismus fallen müsse.

Die Erklärung entziehe das Problem des linken Antisemitismus letztlich selbst der Diskussion: Sie gebe eine nicht hinterfragbare Problembeschreibung vor, behaupte ein nicht vorhandenes Problembewusstsein innerhalb der gesamten Linken und skizziere den einzig adäquaten Umgang damit. Somit sei sie ungeeignet, um den Umgang mit Antisemitismus tatsächlich zu verändern: »Wir sind der Auffassung, dass sich ein Minimalkonsens gegen Antisemitismus nur herstellen lässt, wenn der Raum für Auseinandersetzungen vor dem Ergebnis geöffnet wird. Die HEGA funktioniert jedoch als Schließung.«¹²⁷

In den folgenden Jahren ebbt die Diskussion um Antisemitismus zwar deutlich ab – doch vereinzelt kommt es zu ähnlichen Vorfällen auf Demonstrationen wie in der Vergangenheit. Mal sind es Transparente oder Parolen, die »Freiheit für Palästina« fordern oder Solidarität mit der Intifada proklamieren¹²⁸, mal sind es die bekannten Israelfahnen auf Demonstrationen, die zu Konflikten oder handfesten Auseinandersetzungen führen.¹²⁹ Die Diskussionen, die sich an diese Vorfälle anschließen, ähneln den bereits skizzierten – ab und an ergänzt durch den resignierten Hinweis, dass man doch eigentlich schon weiter sei: »Ganz so, als ob hier ein ganz neues Problem aufgetaucht

127 Gruppe arachne, S. 12.

128 Vgl. z.B. Einige derjenigen, die die Demo verlassen haben: An die VorbereiterInnen des diesjährigen Euromayday. In: *Zeck* 139_2007, S. 5.

129 Vgl. u.a. einige aus den gruppen der demovorbereitung: Hart Backbord. Nachbereitung von einigen aus den Vorbereitungsstrukturen. In: *Zeck* 147_2008, S. 5; rapidas; against!; Sous la plage; McGuffin Foundation; Emancipate; Gruppe B17; Gruppe bricolage: Flagge zeigen?! Zu den Vorfällen auf der Demonstration am 3. Oktober. In: *Zeck* 147_2008, S. 6 sowie Einige Gruppen aus dem Bündnis »Hart Backbord!«: Erklärung zu den Vorfällen auf der Demonstration gegen den »Tag der deutschen Einheit« in Hamburg. In: *Zeck* 148_2009, S. 11.

und Verständigungsversuche wie das Flora-Papier zu Antisemitismus für den Müll produziert worden wären.«¹³⁰ Interessant ist dabei, dass die Stimmen, die sich in der *Zeck* zu Wort melden, tendenziell nur noch aus dem antideutschen Lager kommen, also die Vorfälle lediglich skandalisiert werden, ohne dass sich die Gegenseite mit relativierenden oder verteidigenden Beiträgen an der Diskussion beteiligt. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet lediglich der Leserbrief von *Gegnern der nationalistischen Perspektive*, die sich äußerst kritisch zu israelischem Nationalismus äußern, Israel die Vertreibung von Millionen Palästinensern vorwerfen und behaupten, dass Antideutsche sich offen zum Rassismus bekennen würden.¹³¹

Nach wie vor beklagen die antideutschen AutorInnen in der *Zeck*, dass sich immer noch zu viele aus konkreten Konflikten heraushalten würden; doch auch in dieser Hinsicht ist ein leichter Wandel bemerkbar. Zwar wird nach wie vor eine grundsätzlich ablehnende Haltung der Szene kritisiert, allerdings muss zumindest eingestanden werden, dass gewalttätige Übergriffe auf Fahnenräger nicht mehr akzeptiert würden:

»Bis auf eine Handvoll von Genoss_innen, welche sich zu der Gruppe stellten, war die Stimmung der Umstehenden klar gegen die Träger der Fahne und ihre Begleitung gerichtet. Man hielt zwar die Schläger zurück, forderte jedoch immer wieder die israel-solidarischen Antifas zum Verlassen der Demo oder dem Ablegen der beiden Fahnen auf.«¹³²

Erst 2010 entzündet sich wieder eine intensivere Diskussion über Antisemitismus, die allerdings gleichzeitig offenlegt, dass es nach wie vor keinen wirklichen Konsens über den Umgang mit Israel, antideutschen Gruppen und antisemitischen Stereotypen in der Linken gibt. Anlass für die Wiederaufnahme der Debatte ist eine verhinderte Vorführung des Films »Warum Israel« des französischen Filmemachers Claude Lanzmann. Einige antiimperialistische Gruppen bauen vor dem Kino eine Art israelischen Checkpoint auf, der den Eingang blockiert; im Anschluss an die Aktion kommt es zu Pöbeleien und tätlichen Angriffen auf einige der ZuschauerInnen. Dabei seien die ZuschauerInnen nicht nur als Nazis beschimpft worden, sondern es seien auch antisemitische Beleidigungen (»Judenschweine«) geäußert worden.¹³³

Das Internationale Zentrum B5, aus dessen Umfeld einige der StörerInnen kommen, reagiert eher zurückhaltend auf die Aufforderungen, sich von den TäterInnen zu distanzieren und dafür zu sorgen, dass die beteiligten Gruppen die Situation klären. Die blockierenden AktivistInnen leugnen lediglich, dass antisemitische Sprüche gerufen worden seien, und bagatellisieren die körperlichen Übergriffe als »kleinere Rangeleien, Rempelen, Schubsereien und vier Backpfeifen.« Das *Plenum der Flora* verurteilt die Aktion deutlich, erneuert seine Forderung, Gewalt in innerlinken Konflikten konsequent nicht hinzunehmen, und schließt eine weitere Kooperation mit den beteiligten

130 Einige derjenigen, die die Demo verlassen haben, S. 5.

131 Ein paar Gegner der nationalistischen Perspektive: Leserbrief: Zur Erklärung einiger Gruppen zu den Vorfällen auf der Demo am 3. Oktober. In: *Zeck* 149_2009, S. 3.

132 Rapidas et al., S. 6.

133 Vgl. zum Ablauf dieses Abends Plenum der Roten Flora: Erklärung zur verhinderten und erneuten Vorführung des Films »Warum Israel«. In: *Zeck* 154_2010, S. 11.

Gruppen aus: »Egal, ob emotionsgeladen oder nicht: wer links und rechts, Worte und Fäuste verwechselt, ist für uns politisch – auch in breiten Bündnissen – untragbar.«¹³⁴

Neben der Form der Auseinandersetzung sei auch bereits der Stein des Anstoßes dramatisch: »Warum Israel« sei das Werk eines jüdischen Franzosen, der im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gekämpft habe. Im Gegensatz zu umstrittenen späteren Werken sei dieser Film eindeutig kein Propagandafilm. Die InitiatorInnen der Protestaktion hätten daher darauf verwiesen, dass sich die Aktion weniger gegen den Film bzw. den Regisseur richte, sondern vielmehr gegen das zu erwartende Publikum. Diese Erklärung reiche aber nicht aus:

»Den AkteurInnen hätte klar sein müssen, dass die gewaltsame Blockade des Films eines jüdischen Regisseurs in Deutschland letztendlich im Kontext der Auseinandersetzungen um Antisemitismus zu sehen ist und gesehen wird. In Deutschland kann und darf es keine derartigen antisemitischen Verhinderungen von Filmvorführungen geben.«¹³⁵

Das *Plenum* distanziert sich allerdings von einem anderen Aufruf, der die Aktion vor dem Kino ebenfalls verurteilt, weil in diesem Aufruf Solidarität mit dem veranstaltenden Kino und eine generelle Programmfreiheit für Hamburger Kulturschaffende gefordert werde. Beide Anliegen werden vom *Plenum* nicht unterstützt, da das Kino in der Vergangenheit im Rahmen einer Veranstaltungsreihe Pornofilme gezeigt habe und man daher die geforderte Programmfreiheit ablehne, »solange ein solches Recht u.a. vom B-Movie in Anspruch genommen wird, um sexistischen Dreck vorzuführen.«¹³⁶

Ein Teil des Plenums entscheidet sich in der Folge der Auseinandersetzung, den Aufruf zu einer Demonstration unter dem Motto »Antisemitische Schläge unmöglich machen – auch von links!« zu unterzeichnen. Ein anderer Teil des Plenums lehnt diesen Aufruf allerdings ab und begründet diese Ablehnung ausführlich in einem eigenen Beitrag. Insbesondere wird kritisiert, dass die im Aufruf abgedruckte Chronik antisemitischer Vorfälle »wieder einmal in unerträglicher Weise polemisiert, dekontextualisiert, reduziert und pauschalisiert.«¹³⁷ Abermals würden hier aus dramaturgischen Zwecken ambivalente, vielschichtige Geschehnisse ausschließlich als antisemitische Vorfälle dargestellt, ohne zu erwähnen, dass es auch andere Gründe für die Konflikte gegeben habe. Außerdem sei die Liste der unterzeichnenden Gruppen aus linksradikaler Sicht nicht tragbar. An dieser Stelle wird sehr deutlich, was passiert, wenn in einem Konflikt nicht vergessen wird: Als Beleg für diese Meinung wird ein fünf Jahre alter Redebeitrag einer antideutschen Gruppe bei einer Demonstration vor der Flora angeführt.

»In diesem wird die Rote Flora u.a. als »Musentempel der linksradikalen Lebensreformbewegung« ausgemacht, also einer Bewegung, die ja schon einmal Sprungbrett für den Nationalsozialismus war. Obwohl sich daran für die Antideutsche Gruppe Hamburg

134 Plenum der Roten Flora: Erklärung zur verhinderten und erneuten Vorführung des Films »Warum Israel«. In: *Zeck* 154_2010, S. 11.

135 Ebd.

136 Ebd.

137 Einige andere Leute aus dem Plenum der Roten Flora: Warum wir den Aufruf zur Demo am 13.12.2009 nicht unterstützen. In: *Zeck* 154_2010, S. 12.

in den letzten 5 Jahren – zumindest öffentlich – nichts geändert hat, will nun diese Gruppe am 13.12.2009 ausgerechnet von (und womöglich mit?!) der Roten Flora zum B-Movie marschieren?«¹³⁸

Diese Demonstration führt auch im Nachhinein zu weiteren Diskussionen in der Szene: Die *Gruppe 170* beschwert sich nach der Demonstration über ihre Zusammensetzung bzw. Organisation. Sie fühlt sich als Opfer einer Zensurmaßnahme, weil sie ihren Redebeitrag nicht habe halten können. Ursächlich für die Zensur sei eine kritische Haltung gegenüber der antideutschen Szene gewesen: »Denn unser Redebeitrag erteilt nicht nur den Antisemiten aus der B5 eine Absage. Abgesehen davon setzt er sich auch kritisch mit verschiedenen Aspekten antideutscher Politik auseinander. Hier liegt der Grund für die Zensur.«¹³⁹ Obwohl man sich eindeutig gegen Antisemitismus positioniert habe, sei man mit einem Redeverbot belegt worden, was die *Gruppe 170* an der Intention der Demonstration zweifeln lasse. Hier sei kein Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt worden, sondern es sei lediglich um Selbstdarstellung und kritikloses Abfeiern antideutscher Positionen gegangen.

Die Gruppe kritisiert in ihrem Redebeitrag eine uneingeschränkte Solidarität mit dem israelischen Nationalstaat. »Eine kritiklose Zuwendung kennt keine Diskussion, nimmt den Staat Israel nicht ernst und fällt abgesehen davon hinter Positionen der israelischen Linken zurück.«¹⁴⁰ Gerade aus diesem Grund sei es wichtig gewesen, den Film zu zeigen, weil er einen wichtigen Beitrag zu einer sachlichen Diskussion über Israel liefere. Zum wiederholten Male wird außerdem das Tragen von Nationalfahnen auf Demonstrationen abgelehnt. Dabei verteidigen die AutorInnen auch die Übergriffe auf antideutsche FahnenträgerInnen bei einer Demonstration 2004: Sie hätten ein deutliches Zeichen gegen Nationalismus gesetzt und eben gerade nicht antisemitisch gehandelt. »Wir folgen nicht der platten Rhetorik, die da sagt: Jede und jeder, die mit Antideutschen Auseinandersetzungen führt, ist allein schon aus diesem Grund antisemitisch.«¹⁴¹

Das *Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten*, das die Demonstration organisierte, weist die Zensurvorfürfe als unbegründet zurück. Die *Gruppe 170* habe sich in keiner Weise an der Vorbereitung beteiligt, sondern sich erst drei Tage vor der Demonstration mit einem eigenen Beitrag angemeldet – zu einem Zeitpunkt also, an dem eine ernsthafte Diskussion über den Text nicht mehr möglich gewesen sei. Sie beschwerten, dass der Redebeitrag nicht zugelassen wurde, sei absurd. »Ebenso rätselhaft erschien uns, wie eine politisch doch hoffentlich nicht ganz unerfahrene Gruppe auf die Idee verfallen konnte, eine Demonstration sei so etwas wie eine Speakers Corner, wo, ganz ohne inhaltliche Auseinandersetzung im Vorwege, jede_r das Wort ergreifen kann.«¹⁴² Auch inhaltlich halte man die Rede für befremdlich, arbeite sie sich doch vor

138 Einige andere Leute aus dem Plenum der Roten Flora, S. 12.

139 Gruppe 170: Gegen antisemitische Auswüchse und antideutsche Geschichtsklitterung. In: *Zeck 154_2010*, S. 12f., hier S. 12.

140 Gruppe 170, S. 13.

141 Ebd.

142 Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten: Zu den »Zensur«-Vorwürfen der Gruppe 170. In: *Zeck 155_2010*, S. 13.

allem an einem Vorfall ab, der gar nicht im Zentrum des Aufrufs zur Demonstration stand. Das explizite Dankeschön an diejenigen AktivistInnen, die bei der Demonstration 2004 die TrägerInnen der Israelfahnen angegriffen hatten, sei bedenklich: Unabhängig davon, was man vom antideutschen Hegemoniestreben auf Veranstaltungen halte, hätte man sich von den Übergriffen distanzieren müssen. »Wer Leuten dankt, die Israelfahnen unter ›Intifada‹- und ›Mörder, Mörder‹-Rufen in den Dreck treten, beweist nur, dass selbst ein klares Bekenntnis gegen Antisemitismus nicht vor der Kumpanei mit Antisemit_innen schützt.«¹⁴³

Die Wiederaufnahme der intensiven Diskussion führt abermals zu Versuchen, sich von beiden Seiten des Konflikts abzugrenzen bzw. die zugrundeliegende Konfliktdynamik irgendwie zu durchbrechen. Eine Hamburger Gruppe, die *Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten*, beklagt beispielsweise, dass der Konflikt zwischen Antideutschen und AntiimperialistInnen (den sogenannten Antiimps) und ihre wechselseitigen Bemühungen, die jeweilige Gegenseite mundtot zu machen, in den letzten Jahren mal mehr, mal weniger Diskussion und Praxis der linksradikalen Szene dominiere und sie damit enorm behindere. Ein einfaches Ignorieren der Positionen sei nicht möglich, da der Konflikt mittlerweile wieder weit in die Linke hineinwirke. Daher müsse man sich vom aktuellen, konkreten Vorfall lösen und sich bestimmten weitverbreiteten Verhaltensmustern und Denkstrukturen widmen. »Hierin sehen wir die wirklichen Ursachen dafür, daß die Denunziation der sachlichen Auseinandersetzung vorgezogen wird, daß man sich bestenfalls ignoriert und schlimmstenfalls die Fäuste fliegen. In einer Zeit, in der es scheint, als könnten wir unsere Ziele niemals erreichen, verlagert sich das Interesse auf Nebenschauplätze, in die sodann alle Kraft gesteckt wird. Nach dem Motto, wenn wir das Schlechte dieser Gesellschaft schon nicht verändern können, wollen wir wenigstens in der eigenen Szene unsere moralischen Vorstellungen durchdrücken.«¹⁴⁴

Zunächst kritisieren die AutorInnen den antideutschen Politikstil. Dieser zeichne sich durch das Axiom aus, nur den eigenen Standpunkt als richtig akzeptieren zu können und alle anderen Positionen als nicht mehr links bzw. als antisemitisch abzulehnen.

»Die antideutschen DenunziantInnen gebrauchen den Antisemitismus-Vorwurf derart inflationär, daß er in ihrer Argumentation, ohne daß sie dessen gewahr würden, jede Trennschärfe und analytische Qualität eingebüßt hat. Genau betrachtet verharmlösen Antideutsche auf diese Weise den real existierenden Antisemitismus.«¹⁴⁵

Aber auch ihr Konterpart, die Antiimps, seien nicht viel besser. Sie hingen einer unkritischen Solidarität mit allen antiimperialistischen Bewegungen weltweit nach, seien dabei einer Denkweise der 1980er Jahre verhaftet und würden neuere Aspekte und kritische Ansätze weitgehend ausblenden.

Beide Seiten würden lediglich einen absurden Stellvertreterkrieg für den Nahostkonflikt in Deutschland austragen, bei dem sie sich jeweils hinter den beteiligten Nationalstaaten (bzw. nationalen Befreiungsbewegungen) versteckten und daher unent-

143 Bündnis gegen Hamburger Unzumutbarkeiten: »Zensur«-Vorwürfe.

144 Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten: Szenepersistalk. Gegen linken Konservatismus – zum ständigen Gezänk zwischen Antideutschen und Antiimps. In: *Zeck* 155_2010, S. 21-23, hier S. 21f.

145 Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten, S. 22.

rinnbar dem bürgerlichen Denken verhaftet seien. Gleichzeitig inszenierten sich beide Seiten mit vermeintlich attraktiven Identitätsangeboten für Szene-Angehörige:

»Antiimps und Antideutsche haben hier ganz einzigartige Angebote zu machen, um sich einer In-Group zugehörig fühlen zu können und sich von der ›Masse‹ auch der übrigen Linken abzugrenzen. Diese stete Abgrenzung von ›den Anderen‹ ist konstitutives Moment beider Strömungen [...]. Während die Antideutschen sich gern sehr modern, der Zeit voraus, gerieren und sich das Image der entschiedensten KritikerInnen anmaßen, geben sich die Antiimps hemdsärmelig als die entschlossensten Fighter gegen den Imperialismus.«¹⁴⁶

Die AutorInnen beschreiben eindrücklich, wie eine antideutsche Sozialisation zumeist aussehe:

»Nachwuchsantideutsche sind häufig als Jugendliche in die autonome Szene gegangen und mußten später bei ihren ersten intellektuellen Gehversuchen an der Universität feststellen, daß ihre eigene Szene theoretisch kaum unterfüttert ist. In dieser Situation bieten sich die Antideutschen mit ihrem Sprachbombast geradezu an zum Erwerb der nun neuen Identität als kritische Intellektuelle.«¹⁴⁷

Beide Seiten würden politische Theorie letztlich nur nutzen, um sich der eigenen Identität zu versichern; die Analyse der Gesellschaft oder die Möglichkeiten, diese zu verändern, spielten dagegen kaum noch eine Rolle.

Diese Starrheit der eigenen Überzeugungen und das Beharren darauf, als einzige im Recht zu sein, wird interessanterweise als hinderlich für linksradikale Bewegungspolitik dargestellt, obwohl doch gerade die radikale Linke gemeinhin nicht unbedingt undogmatisch eingestellt ist. Die AutorInnen sehen aber in der Unfähigkeit beider Seiten, zu lernen und die eigene Position weiterzuentwickeln, ein Grundproblem der linken Szene. Die Diskrepanz zwischen der bürgerlichen Gesellschaft, in der alle aufgewachsen seien, und der utopischen Gesellschaft, die man anstrebe, führe nämlich dazu, dass unweigerlich Fehler gemacht würden.

»So gesehen sind Fehler vollkommen unvermeidlich. Sie sind auch nichts Schlimmes, solange wir bereit sind, aus ihnen zu lernen. Der Wille zu verändern, auch sich selbst zu verändern, gefaßte Standpunkte zu revidieren, die politische Praxis immer wieder zu überprüfen und eingefahrene Wege zu verlassen, ist ein konstitutives Element jeder linksradikalen, revolutionären Bewegung!«¹⁴⁸

Dass die Diskussionen durchaus weitreichende Konsequenzen haben, zeigt sich im Frühjahr 2010, als mehrere Gruppen sich weigern, in Bündnissen mit der Gruppe SoL (Sozialistische Linke) zusammenzuarbeiten. Die SoL ist eine im B5-Zentrum organisierte Gruppe, die im Zuge des Konflikts zwischen Antideutschen und Antiimps mehrfach in körperliche Auseinandersetzungen verwickelt war. Das *Plenum der Roten Flora* geht im April 2010 so weit, nicht an der revolutionären Demonstration zum Ersten Mai

146 Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten, S. 22.

147 Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten, S. 23.

148 Ebd.

teilzunehmen. Zwar wird auch inhaltliche Kritik an der Ausrichtung der Demo aufgeführt, beispielsweise, dass sie mit eindimensionaler und personalisierter Kapitalismuskritik eigentlich hinter den Stand linksradikaler Diskussionen zurückfalle. Ausschlaggebender Grund sei aber die Einbindung der SoL in das Bündnis gewesen.

»Wir als Flora stellen unmissverständlich klar: Vor dem Hintergrund der Ereignisse vom Herbst letzten Jahres und dem Fehlen jeglicher Selbstkritik gibt es für uns keine Zusammenarbeit mehr mit dieser Gruppe. Die SoL ist für uns weder bündnisfähig noch sonstwie politisch akzeptabel!«¹⁴⁹

Aus diesem Grund wolle die Flora durch die Absage und weitergehend auch durch die Verweigerung jeglicher Unterstützung bei der Vorbereitung ein klares Zeichen setzen, dass gewalttätiges Verhalten innerhalb der Szene und antisemitische Positionen nicht länger akzeptiert würden.

Zeitgleich kündigen einige Gruppen aus dem Vorbereitungsbündnis zur Innenministerkonferenz in Hamburg an, ebenfalls nicht länger mit der SoL zusammenarbeiten zu wollen. Nachdem man die Gruppe mehrfach aufgefordert habe, sich zu der Gewaltfrage in innerlinken Konflikten zu äußern, und die Gruppe dieser Aufforderung nicht nachgekommen sei, werde die SoL aus dem Bündnis ausgeschlossen. Kernpunkt der Kritik an der SoL sei ihr Verhältnis zu Angriffen auf Menschen aus der Linken, nicht ihre Position zu Israel/Palästina. Auch antideutsche Gruppen werden in der Stellungnahme für ihr Konfliktverhalten kritisiert: »So widersprechen z.B. sowohl Leute aus den eigenen Strukturen bei den Bullen anzuzeigen als auch die Menschen, die an den B5 Übergriffen teilnahmen als ›Nazi-B5-Schläger‹ im Internet mit Namen und Bildern zu denunzieren, unserem politischen Verständnis.«¹⁵⁰ Hintergrund dieser Kritik ist ein weiterer gewalttätiger Angriff auf zwei Antideutsche durch AktivistInnen aus dem Umfeld der SoL, was zu einer Anzeige gegen namentlich genannte Angreifer bei der Polizei führte.¹⁵¹

In einem weiteren Beitrag meldet sich ein Autor mit dem Pseudonym *Der Viertellinke* mit einer Analyse zu Wort, die beiden Seiten des Konflikts Unvereinbarkeit mit linksradikalen Positionen vorwirft. Zum einen sei bei beiden Strömungen ein starker Bezug auf Kategorien wie Volk und Nation zu beobachten, die untrennbar mit der bürgerlichen Ideologie verbunden seien. Zum anderen hätten beide Seiten ein Verhalten an den Tag gelegt, das einen gemeinsamen Kampf für eine befreite Gesellschaft ausschließe. Dabei sei die Anwendung von Gewalt gegen die innerlinke Konkurrenz ebenso wenig akzeptabel wie der Rückgriff auf das staatliche Gewaltmonopol auf der anderen Seite. »Sich staatlicher Gewalt zur innerlinken Durchsetzung zu bedienen, ist auch eine poli-

149 Plenum der Roten Flora: Stellungnahme der Roten Flora zur Nichtteilnahme an der Hamburger revolutionären 1. Mai Demo 2010, zur SoL und den stattfindenden Solipartys. In: *Zeck* 156_2010, S. 10.

150 Gruppen und Einzelpersonen aus dem no-imk-vorbereitungstreffen: Stellungnahme zum aktuellen Konflikt mit der SoL. In: *Zeck* 156_2010, S. 11.

151 Vgl. zu diesem Vorfall o.A.: Presseerklärung des Bündnisses gegen Hamburger Unzumutbarkeiten: Erneuter Überfall von B5-AktivistInnen auf Antisemitismusgegner. In: *Zeck* 156_2010, S. 12.

»Jetzt kommen wir endlich zu dem, was die Szene viel spannender findet als diese öde Antisemitismusleier: die langen Arme der antideutschen Bewegung. Wieviel Macht sie doch hat! Und wie ungeniert sie sich von den Herrschenden hofieren lässt! [...] Ein Glück daher, dass die Cops am 13.12. nur die Faustschläge unterbunden haben, ansonsten aber die Antiimps in Ruhe die Gäste bepöbeln und fotografieren ließen. Man käme sich ja sonst vor wie in einem Polizeistaat.«¹⁵⁶

Der Autor kritisiert außerdem, dass *der Viertellinke* letztlich auf das Recht des Stärkeren verweise: Wer in der Minderheit sei, habe leider Pech gehabt. Wer dann erwäge, sich durch die Staatsmacht schützen zu lassen, müsse sich danach vom Rest der Szene auch noch einen angeblichen Verrat vorwerfen lassen. Auf diese Weise werde der Kern der Debatte absurd umgedeutet: »Das Elend mit den ganzen Antisemitismusdebatten ist nicht der Antisemitismus, sondern die Tatsache, dass dadurch die Szenewellness flöten zu gehen droht.«¹⁵⁷

Die Frage des Umgangs mit Konfliktverhalten, das die gängigen Regeln innerlinker Auseinandersetzungen sprengt, bleibt auch in den folgenden Jahren ein ständiges Thema. Dazu gehört neben direkter physischer Gewalt auch das gegenseitige Outing. Im Umfeld von Demonstrationen der einen oder anderen Seite werden mehrfach TeilnehmerInnen fotografiert und mit den Fotos als AnhängerInnen der jeweiligen Strömungen denunziert.¹⁵⁸

Im Jahr 2012 nimmt auch diese Diskussion erneut Fahrt auf, da es erneut zu einem körperlichen Angriff auf drei antideutsche AktivistInnen kommt. Die Tatsache, dass zum wiederholten Male Gewalt angewendet wurde, wird in der Folge von der linken Szene ebenso kritisiert wie das Verhalten der Opfer, die die Polizei eingeschaltet hätten.¹⁵⁹ *Einige FreundInnen der angegriffenen Personen* schildern in der *Zeck* den Vorfall aus ihrer Sicht. Die angegriffenen AktivistInnen hätten sich nach dem ersten Vorfall lediglich in die Nähe einiger zufällig anwesender PolizistInnen geflüchtet, die dann von sich aus eingegriffen hätten, als die AngreiferInnen trotzdem nicht aufhörten, ihre Opfer zu bedrängen und zu schlagen. Im Nachhinein sei den Angegriffenen dann die Schuld für die Festnahme des Schlägers gegeben worden.

Die AutorInnen kritisieren aber auch das Verhalten der Szene: »Die Reduktion der genannten Angriffe auf vermeintliche ›persönliche Streitereien‹ schiebt jedoch den Angegriffenen nicht nur eine Mitschuld zu, sondern blendet außerdem das Muster im Verhalten von RSH [Rote Szene Hamburg] und Co. aus.«¹⁶⁰ Diese träten als eine Art

156 *Der Dreiachtellinke*, S. 16.

157 Ebd.

158 Vgl. dazu beispielsweise die Diskussion um einen FSK-Redakteur, der Fotos von antideutschen DemonstrantInnen geschossen hatte und dafür mit einem Sendeversbot bestraft wurde: Anbieterinnengemeinschaft im FSK: Stellungnahme der AnbieterInnengemeinschaft im Freien Sender Kombinat. In: *Zeck* 159_2010, S. 17. Dieser Umgang war zuvor von mehreren Gruppen scharf kritisiert worden, vgl. dazu Gruppe 170: Gegen die Rausschmisspolitik im Freien Sender Kombinat. In: *Zeck* 157_2010, S. 12.

159 Vgl. zum Beispiel die beidseitige Kritik im Vorwort der Ausgabe der *Zeck*, o.A.: Vorwort der Redaktion. In: *Zeck* 167_2012, S. 2.

160 *Einige Freund_innen der angegriffenen Personen: Alle Jahre wieder. Erneute Gewalttaten durch die RSH in Hamburg*. In: *Zeck* 167_2012, S. 5.

Mackergang auf, beanspruchten bestimmte Viertel für sich und würden gewaltsam gegen alle vorgehen, die sie für »Antideutsche« hielten. Das Label »antideutsch« sei dabei nur noch eine Zuschreibung, die völlig von Inhalten und tatsächlichem Verhalten entkoppelt sei. Dennoch reiche diese Zuschreibung aus, um die übrige linke Szene verstummen zu lassen: »Das »antideutsche Gespenst«, eine nach Bedarf ausgeschmückte Projektionsfläche, überholt sofort die Empörung über die Gewalt und hinterlässt ein Schweigen aus dem Wunsch, sich nicht in einen vermeintlichen »Sektenkrieg« ziehen zu lassen.«¹⁶¹ Dass sich mittlerweile einige der Opfer nicht mehr anders zu helfen wüssten, als Anzeige bei der Polizei zu erstatten, sei kein Verrat, sondern nur Zeichen ihrer Angst und der Ausweglosigkeit der Situation. Dass den Betroffenen nun unterstellt werde, neben der Anzeige auch Details über die linke Szene verraten zu haben, sei der durchschaubare Versuch, den gewalttätigen Übergriff im Nachhinein zu rechtfertigen.

Das Thema führt letztlich zu einem weiteren Versuch, einen von allen geteilten Konsens zu formulieren – dieses Mal aber nicht mehr in Bezug auf das übergeordnete Thema Antisemitismus, sondern nur noch für die Art und Weise der Auseinandersetzung darüber. So konstatiert das Papier des *Hausplenums der Roten Flora* schlicht: »Es gibt in der Flora einen politischen Konsens, dass Antisemitismus zu bekämpfen ist. Keinen umfassenden Konsens gibt es hingegen, wo dieser beginnt, was diesen ausmacht und wie ihm zu begegnen ist.«¹⁶² Wohlgermerkt: Diesem etwas lakonischen Eingeständnis sind gute 18 Jahre Diskussionen über dieses Thema vorausgegangen. Dass im folgenden Satz dann noch angefügt wird, dass es nun gelte, am Ball zu bleiben und die Diskussion weiterzuführen, kann nicht über diese offensichtliche Folgenlosigkeit einer fast zwei Jahrzehnte währenden Debatte hinwegtäuschen.

Der Text selbst widmet sich aber stärker der Frage des Umgangs mit innerlinker Gewalt, was bereits in Abschnitt 6.3 genauer betrachtet wurde. Daher sollen an dieser Stelle nur noch einige ausgewählte Punkte festgehalten werden. Interessant ist, dass das Plenum den Konflikt zwischen Antideutschen und Antiimps wieder stärker als politischen Konflikt darstellt, der nicht nur die jeweiligen Konfliktparteien angehe, sondern zu dem sich alle Szeneangehörige verhalten müssten: Der aktuelle Vorfall sei ein überfälliger Anlass, »sich in einem politischen Konflikt zu positionieren, der vielfach auf der Ebene persönlicher Anfeindungen ausgetragen wird, der viele seit langem nur noch nervt, aber dennoch keine Privatsache ist, sondern eine politische Frage, die alle angeht.«¹⁶³ Explizit grenzt sich das Plenum daher von der Lesart ab, nach der das Nichtverhalten der Szene die beste Art des Umgangs sei, man sich idealerweise von beiden Seiten möglichst deutlich abgrenzen solle, um nur ja nicht in den Konflikt hineingezogen zu werden.

»Ein Problem ist diese Abgrenzung nicht deswegen, weil sie Kritik an Inhalten und Verhaltensweisen formuliert, sondern weil der Verweis auf die allseitige Unzulänglichkeit

161 Einige Freund_innen der angegriffenen Personen, S. 5.

162 Hausplenum der Roten Flora: Für einen solidarischen und respektvollen Umgang in linken Strukturen! Gewaltverhältnisse bekämpfen! In: *Zeck* 168_2012, S. 6-8, hier S. 7.

163 Hausplenum der Roten Flora, S. 6.

darauf hinausläuft, sich gar nicht mehr in Beziehung zu setzen und sich die unerträgliche Neutralität der Mitte zu bewahren, frei von Inhalt und Praxis. Ein leerer Ort.«¹⁶⁴

Die Entpolitisierung des Konflikts werde aber auch durch das zum Teil katastrophale Konfliktverhalten der direkt Beteiligten vorangetrieben. Die inhaltliche Auseinandersetzung sei mittlerweile weitgehend hinter »polemischem Getöse«, »identitären Abgrenzungen«, »Rumgemacker« und emotionsgeladenem Gezänk »im Stile verfeindeter Gangs« verschwunden.

Das *Hausplenum der Flora* kritisiert vor allem, dass beide Seiten die Regeln für innerlinke Konflikte wiederholt überschritten hätten. Dazu gehöre neben gegenseitiger Denunziation insbesondere die Anwendung von Gewalt, aber auch das Zurückgreifen auf Polizei und bürgerliche Justiz. Letzteres sei aber weniger ein Verrat der Betroffenen als vielmehr eine Niederlage für die gesamte Szene, die offensichtlich unfähig sei, den Konflikt einzuhegen.

»Es ist Aufgabe der gesamten Linken, ein politisches Klima zu schaffen, in dem innerlinke Gewalt nicht zur Form der Auseinandersetzung gehört. Mit Gruppen, die für solche Aktionen stehen, werden wir nicht zusammenarbeiten. Jenseits sonstiger möglicher politischer Gegensätze halten wir es zudem für wichtig, sich mit Betroffenen von gewaltsamen Übergriffen zu solidarisieren.«¹⁶⁵

8.3 Zwischenfazit: Wo, wie und was wurde in Auseinandersetzungen um Antisemitismus in der Linken gelernt?

Im Anschluss an diese Darstellung der Diskussionen über Antisemitismus in der Linken sollen einige Aspekte des kollektiven Lernens in diesem Bereich zusammenfassend diskutiert werden. Auch hier lauten die leitenden Fragestellungen: Welche Lernprozesse lassen sich in den Diskussionen über Antisemitismus erkennen? Wo liegen die Besonderheiten dieses Themenfeldes?

Ein Spezifikum sticht sofort ins Auge: Anders als beispielsweise in der Debatte über Sexismus kann sich im Themenfeld Antisemitismus keine der beteiligten Diskursparteien entscheidend durchsetzen und ihre Position zu einer hegemonialen Lesart des Problems machen. Eine überwiegende Mehrheit der linksradikalen Szene versucht stets, sich von beiden Extrempositionen abzugrenzen. Diese weitgehende Neutralität wird zwar von den Konfliktparteien immer wieder kritisiert, führt aber nicht zu weitergehenden Konsequenzen. Dies ist ein deutlicher Unterschied zum Themenfeld Sexismus, wo der Rückzug auf eine neutrale Haltung eindeutig als nicht vereinbar mit dem kollektiven Wissen über Sexismus gilt und dementsprechend zumeist mit einem symbolischen Ausschluss aus der Szene bestraft wird. Damit zeigt sich als Besonderheit dieser Debatte, dass Feed-Back-Prozesse in Bezug auf Antisemitismus relativ schwach ausgeprägt sind – es gibt anfangs schlicht keinen festen Umgang mit dem Thema, der sich immer wieder aufs Neue beschwören ließe. Das ist einer der Gründe für den besonderen

164 Hausplenum der Roten Flora, S. 6.

165 Hausplenum der Roten Flora, S. 8.

Verlauf dieser Debatte – für eine Mehrheit der Szeneangehörigen gibt es (zumindest sehr lange) keine klare Position, auf die man sich zurückziehen könnte.

Ein weiterer Unterschied zu anderen Themenfeldern sind die mehrfach auftauchenden expliziten Versuche, einen gemeinsamen Konsens zum Umgang mit Antisemitismus zu erzielen oder zumindest einige verbindliche Minimalstandards festzulegen. Diese Bemühungen deuten darauf hin, dass implizitere Formen der Institutionalisierung des Wissens in diesem Fall nicht funktionieren – es gibt schlicht kein kollektiv verbindliches Wissen, das sich über andere Kanäle oder gemeinsam gelebten Alltag verbreiten und verfestigen könnte. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass im Fall der Debatten zu Antisemitismus der rigide Ausschluss einer Position aus der Linken von einer Mehrheit der Szene nicht nachvollzogen wird. Die oft verzweifelten Forderungen der einen oder anderen Seite, die AnhängerInnen der Gegenposition doch bitte endlich nicht mehr als Linke anzusehen, verhalten zumeist ohne weitere Folgen – ein automatischer Ausschluss wird überwiegend abgelehnt. Erst wenn zur allgemeinen Einstellung weitere Verhaltensauffälligkeiten hinzukommen, beispielsweise Gewalt in innerlinken Auseinandersetzungen oder gegenseitige Denunziationen, kann dies einen tatsächlichen Ausschluss aus der kollektiven Identität der radikalen Linken nach sich ziehen.

Erschwerend für die Ziehung einer klaren Trennlinie wirkt sich zudem aus, dass sich zumindest bei einigen DiskussionsteilnehmerInnen das Bild eines spezifisch »linken« Antisemitismus verfestigt hat, der keinen absoluten Bruch mit der linken Identität darstelle. Anders als beispielsweise bei Sexismus (der gleichermaßen schlimm und entwürdigend sei, egal, ob er von rechten oder linken Menschen ausgeübt wird) wird hier eine tendenziell harmlosere Form des Problems skizziert. Antisemitische Stereotype und Denkmuster seien zwar problematisch, sie würden aber im Falle des linken Antisemitismus eigentlich auf den »richtigen« linken Überzeugungen basieren. So berge verkürzte Kapitalismuskritik zwar einerseits die Gefahr, antisemitische Denkmuster zu reaktivieren – andererseits zeige sich hier aber auch eine antikapitalistische Haltung, die mittels Sensibilisierung und Aufklärung zu einer kompletteren und progressiven Kritik weiterentwickelt werden könne. Auch die Solidarität mit Palästina bediene zum Teil antisemitische Vorurteile, andererseits speise sie sich aus der genuin linken Kritik an Nationalstaaten und Imperialismus. Insgesamt führt diese Differenzierung des Antisemitismus-Begriffs dazu, die »linke« Variante nur als unschöne Konsequenz eines leicht unterkomplexen Denkens zu betrachten, das mit ein wenig Nachhilfe schnell in die richtige Richtung führen könne. Der Ausschluss »linker« AntisemitInnen aus der gemeinsamen kollektiven Identität wird auf diese Weise ungleich schwerer, weil ein direkter Ausschluss nur gerechtfertigt erscheint, wenn es sich bei den Kritisierten um wirklich tief überzeugte AntisemitInnen handele.

Eine dritte Besonderheit fällt auf: In den Auseinandersetzungen zu Antisemitismus ist ein herausragend gutes Gedächtnis der Szene zu erkennen. In den Diskussionen werden immer wieder lange zurückliegende Ereignisse reaktiviert und in die aktuellen Konflikte eingearbeitet. Die zurückliegenden Debatten, die aber zumeist zu keinem klaren Ergebnis geführt haben, werden auf diese Weise immer wieder neu aufgerollt und zum Teil nach mehrjähriger Unterbrechung fortgesetzt. So können Redebeiträge auf oder auch nur die Teilnahme an bestimmten Demonstrationen durchaus etliche Jahre

später noch herangezogen werden, um die Zusammenarbeit mit bestimmten Gruppen auszuschließen, Hausverbote zu fordern o.Ä. Was sich hier deutlich erkennen lässt, ist somit nicht die Institutionalisierung von Wissen, sondern die Institutionalisierung von Konflikt. Eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema und ein kollektiver Lernprozess werden auf diese Weise oft effektiv verhindert, weil die Erinnerung an vergangene Konflikte hier jeden konstruktiven Diskussionsmodus zunichtemacht.

Das Ergebnis der Debatten zu Antisemitismus fällt folglich aus Sicht der Beteiligten enttäuschend aus: Nach beinahe zwei Jahrzehnten intensiven Diskussionen kann sich die radikale Linke nur darauf einigen, sich nicht einigen zu können. Es gibt zwar einen relativ klaren Konsens, dass Antisemitismus zu bekämpfen sei, aber es gibt nicht den Hauch einer Annäherung in den Fragen, was Antisemitismus eigentlich ist, wo er beginnt und welche konkreten Konsequenzen er nach sich ziehen müsste. Auffallend ist die Resignation der Szene in dieser Diskussion: Während in der ersten Forderung nach Minimalstandards noch versucht wird, das Phänomen des linken Antisemitismus genauer zu erfassen, wird diese Frage im zweiten Versuch, einen Konsens zu erzielen, schlichtweg ausgeklammert. Der angestrebte Konsens soll sich nicht mehr auf Antisemitismus beziehen, sondern nur noch auf die Frage des Umgangs miteinander im Rahmen dieses Konflikts. Statt also gemeinsam festzulegen, wie man als radikale Linke mit antisemitischen Stereotypen umgehen möchte, wird nur noch vermittelt, wie ein Konflikt innerhalb der eigenen Szene ausgetragen werden sollte, welche Mittel noch akzeptabel seien und welche die Grenzen tolerierbaren Konfliktverhaltens überschreiten würden.

Dass die Konfliktdynamik überhaupt einen solch starken Hang zur Eskalation aufweist, wird häufig mit dem Versuch der Szene begründet, eine neutrale Position einzunehmen. Das lang andauernde Schweigen der Mehrheit der radikalen Linken zu ersten Übergriffen wird immer wieder als Grund genannt, warum folgende Gewalttaten und eine weitere Eskalation der Auseinandersetzungen überhaupt erst möglich geworden seien.

Der Wunsch nach Neutralität und die Abgrenzung nach beiden Seiten speisen sich aus einer Kritik der unbeteiligten Gruppen an beiden beteiligten Konfliktparteien, die sich eher auf einer identitären als auf einer Sachebene bekämpfen würden. Keiner der beteiligten Parteien wird eine potenzielle Lösung des Konflikts zugetraut, weil beide Seiten schlichtweg nicht an einem produktiven Umgang mit dem Thema interessiert seien, sondern ihre Positionierungen lediglich für die eigene Identitätspolitik nutzen würden. Erst der Rückzug eines Großteils der Linken aus dem Konflikt ermögliche in der Folge den Extrempositionen, eine dominierende Rolle in der Auseinandersetzung einzunehmen. Relativ kleine antideutsche Splittergruppen oder antiquierte antiimperialistische Sekten, die politisch schon seit Langem völlig isoliert seien und bis dato keine wahrnehmbare Rolle in der linken Szene spielen würden, könnten so in der Debatte über Antisemitismus plötzlich zu WortführerInnen werden.

Immer wieder wird daher versucht, die Debatte zu differenzieren, um den absoluten Meinungen und Forderungen der Konfliktparteien etwas entgegenzusetzen. Beispielsweise wird häufiger vorgeschlagen, zwischen überzeugten AntisemitInnen und unterbewussten Strukturen und Einstellungen deutlicher zu unterscheiden. Zwar seien beide Formen des Antisemitismus grundsätzlich problematisch, dennoch müsse sich

die Art und Weise des Umgangs damit unterscheiden: Während der erste Fall eindeutig bekämpft werden müsse, seien im zweiten Fall Aufklärung und Sensibilisierung zielführender. So sei es beispielsweise sinnvoller, auf die unterschweligen antisemitischen Stereotype zu verweisen, die sich zum Teil als verkürzte Kapitalismuskritik zeigen würden, und Aufklärungsarbeit zu leisten, als den VertreterInnen dieser Kritikform direkt tiefverwurzelten Antisemitismus vorzuwerfen und sie auf diese Weise in ihrer Identität als Linke anzugreifen.

Ein weiterer Versuch der Differenzierung bezieht sich auf die Rolle, die der Antisemitismus in den innerlinken Konflikten einnimmt: Nur weil es zu einem Konflikt zwischen einer antideutschen Gruppe und anderen Linken komme, bedeute das nicht automatisch, dass das Motiv und der Auslöser dieses Konflikts Antisemitismus sei. Vielmehr könnten gänzlich andere Gründe eine Rolle spielen, was aber durch die Subsumierung aller Konflikte unter das Label »das Problem der Hamburger Linken mit Antisemitismus« überspielt werde.

Umstritten ist auch, wie stark die Debatte über Antisemitismus konkretisiert und personalisiert bzw. wie stark sie abstrahiert und verallgemeinert werden sollte. Teilweise wird kritisiert, dass die Debatte äußerst vage und akteurslos geführt werde: Vorwürfe und Kritik würden stets so allgemein formuliert, dass unklar bleibe, wer eigentlich angesprochen wird. Wenn z. B. antideutsche Positionen kritisiert würden, wisse man nie genau, ob mit dieser Kritik alle antideutschen Gruppen oder nur bestimmte Strömungen gemeint sind. Auch bei Antisemitismusvorwürfen gegen die Linke sei immer unklar, ob die gesamte Linke als problematisch gesehen wird oder ob sich die Kritik ganz konkret auf bestimmte AkteurInnen bezieht. Eine Folge dieser Vagheit sei die Schwierigkeit, kollektiv aus der Debatte zu lernen; es sei kaum möglich, sinnvolle Selbstreflexionen anzustoßen, weil niemand wisse, ob sich eine Kritik nur an die Konfliktparteien oder die gesamte Szene richtet. Der Wunsch nach einer konkreteren Benennung von Personen und Gruppen wird dennoch zumeist zurückgewiesen: Wichtig sei, bestimmte inhaltliche Positionen zu kritisieren und die Kritik gerade nicht an irgendwelchen Personen oder Gruppen aufzuhängen. Alle BeobachterInnen der Debatte seien schließlich selbst in der Lage, zu entscheiden, ob eine bestimmte Gruppe die kritisierte Haltung vertrete oder nicht. Eine Konkretisierung von Positionen sei daher sinnvoller als eine Personalisierung der Kritik. Dass linksradikale Debatten ohnehin häufig ohne konkret benannte AkteurInnen auskommen müssen, hat aber auch noch einen allgemeineren Grund: Die Angst, durch die konkrete Nennung von Personen, Gruppen oder Strukturen den Sicherheitsorganen, der »staatlichen Repression« oder den politischen FeindInnen in die Hände zu spielen, ist allgegenwärtig und führt häufig zu einer relativ vagen Diskussionskultur.

Trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten, in diesem Themenfeld kollektiv zu lernen, lassen sich im Verlauf der Debatte einige Verschiebungen erkennen. Mit der Zeit wird beispielsweise nur noch selten bezweifelt, dass es einen spezifischen Antisemitismus in der Linken geben kann, während dies früher noch vehement bestritten wurde. Beispielsweise habe eine verkürzte und personalisierte Kapitalismuskritik oftmals einen gefährlichen Hang zu antisemitischen Stereotypen, und auch die Palästina-Solidarität könne Gefahr laufen, das Existenzrecht Israels in Zweifel zu ziehen. An dieser Stelle zeigt sich, dass der anfängliche Lernimpuls antideutscher

Kritik langfristig doch zu einem mehr oder weniger verbindlichen kollektiven Wissen führt.

Dass die antideutsche Kritik sich mehr und mehr durchsetzen kann, ist auch in den verstummenden Stimmen antiimperialistischer Gruppen in der *Zeck* zu erkennen. Im Anschluss an antisemitische Vorfälle finden sich im Laufe der Zeit nur noch Artikel, die den jeweiligen Vorfall skandalisieren und auf den zugrundeliegenden Antisemitismus verweisen wollen. Anders als in der Frühphase des Konflikts melden sich aber kaum noch die kritisierten Gruppen selbst zu Wort, um ihre Aktionen zu rechtfertigen oder den geäußerten Verdacht brüsk zurückzuweisen. Zumindest in der *Zeck* kann also von einer in Ansätzen antideutschen Diskurshegemonie gesprochen werden. Ähnliches lässt sich auch in der konkreten Praxis der Hamburger Linken erkennen.

Zumindest scheinen die Übergriffe gegen TrägerInnen von Israelfahnen auf linken Demonstrationen im Laufe der Jahre zurückzugehen. Solche Vorfälle waren eine Zeit lang regelmäßig Anlass für erhitzte Diskussionen. Während die TrägerInnen der israelischen Fahne in ihr ein Symbol für das Überleben des Holocausts und den Sieg über das faschistische Deutschland sehen, verweisen die GegnerInnen darauf, dass eine Fahne immer auch ein Nationalsymbol sei und daher niemals ein ausschließlich linker Ausdruck sein könne. Immer wieder kommt es daher auf Demonstrationen zu Auseinandersetzungen, die zum Teil auch mit physischer Gewalt ausgetragen werden. Die anschließenden Diskussionen ähneln einander stark und basieren immer wieder auf demselben Muster, was letztlich dazu führt, dass immer seltener bezweifelt wird, dass die israelische Fahne als Symbol des Überlebens einen gewissen Schutz genießen sollte. Auch wenn nach wie vor viele AktivistInnen das Tragen von Nationalfahnen auf linken Demonstrationen kritisch sehen, wird zumindest nicht mehr versucht, die FahnenträgerInnen mit Gewalt von Demonstrationen zu vertreiben. In einer Auswertung einer Demonstration von 2012 stellt dazu eine antideutsche Gruppe fest:

»Es gab lediglich eine Beschwerde über eine Israelfahne im ersten Block. Vor dem Hintergrund der Geschichte der Hamburger Linken der letzten Jahre kann durchaus von einem Fortschritt gesprochen werden. Das ist umso erfreulicher, als wir den Eindruck haben, dass der Grund für diese Veränderung darin liegt, dass immer mehr Menschen sich damit auseinandersetzen, warum die Fahne des jüdischen Staates auf einer Demonstration gegen deutsche Zustände sinnvoll ist.«¹⁶⁶

Allzu stark sollte man diesen Punkt aber nicht betonen: Nach wie vor gibt es in Hamburg Gruppen, die die Impulse antideutscher Kritik nicht anerkennen, was sich immer wieder auch in handfesten Konflikten und Übergriffen äußert. Der Unterschied zu früher besteht lediglich darin, dass diese Gruppen mittlerweile isolierter sind als zu Beginn der Auseinandersetzungen. Der Großteil der linksradikalen Szene distanziert sich zunehmend von den Angriffen auf antideutsche AktivistInnen und zieht aus den Vorfällen durchaus weitreichende Konsequenzen. Beispielsweise werden bestimmte antiimperialistische Gruppen aus politischen Bündnissen ausgeschlossen oder aber

166 O.A.: Auswertungspapier zur Demo am 28. Januar 2012 »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«. In: *Zeck* 169_2012, S. 5f., hier S. 6.

die Flora zieht sich aus Vorbereitungskreisen zurück, in denen diese kritisierten Gruppen beteiligt sind.

In der Selbstwahrnehmung der linken Szene handelt es sich bei den Diskussionen um Antisemitismus ohnehin vor allem um eine Krisenerscheinung. Ähnlich wie bei den Diskussionen um Militanz flamme die Debatte in einem Moment der Schwäche der Bewegung auf und müsse in erster Linie als Reaktion auf die wahrgenommene Krise der radikalen Linken gesehen werden. Die Selbstzerfleischung der linken Szene sei somit Ausdruck von und Reaktion auf die Erkenntnis der eigenen politischen Bedeutungslosigkeit.

